



Protokoll

der 11. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 22. April 2026, um 15:00 Uhr

- Vorsitz:** *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
- Abwesende:** *Johannes Sieber (GLP), Melanie Eberhard (SP), Georg Mattmüller (SP), Heidi Mück (BastA!), Sandra Bothe-Wenk (GLP), Thomas Widmer-Hueber (die Mitte/EVP), Lea Wirz (Grüne/jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

- 23. Anzug 1 Michael Graber und Konsorten betreffend Tramdepot Eglisee aus dem Dornröschenschlaf wecken..... 3
- 24. Anzug 2 Julia Baumgartner und Konsorten betreffend faire Honorare für professionelle Kulturschaffende 3
- 25. Anzug 3 Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Beschilderung des Schulstandortes Gartenstrasse Sek I..... 6
- 26. Anzug 4 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Verschlechterung der Umsteigebeziehung von Bus 80 und 81 am Aeschenplatz 7
- 27. Anzug 5 Michael Graber und Konsorten betreffend Feuerwerks-Littering 7
- 28. Motion Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Ausweitung der Elternzeit für die bisher ausgeschlossenen Betriebe des Kantons Basel-Stadt, Stellungnahme des RR 7
- 29. Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR 11
- 30. Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking, Schreiben des RR..... 11
- 31. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR..... 12
- 32. Interpellation Nr. 141 Brigitta Gerber betreffend Stand Aufsichtsstruktur der CMS - transparentes Vorgehen, Schreiben des RR..... 16
- 33. Interpellation Nr. 147 Anina Ineichen betreffend Verwendung von Copilot Chat in der Basler Verwaltung, Schreiben des RR..... 17
- 34. Interpellation Nr. 4 Patrizia Bernasconi betreffend Massenkündigung von 107 Mietverhältnissen in Genf durch die Pensionskasse Basel-Stadt – renditegetriebene Verdrängung trotz Art. 42 LDTR, Schreiben des RR..... 18
- 35. Interpellation Nr. 6 Ivo Balmer betreffend Leerkündigung von über 100 Mietparteien durch die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) in der Stadt Genf, Schreiben des RR 19
- 36. Budgetpostulat 2026 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen), Stellungnahme des RR 19
- 37. Budgetpostulat 2026 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „oink oink Production“), Stellungnahme des RR..... 22
- 38. Budgetpostulat 2026 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark), Stellungnahme des RR 23
- 39. Budgetpostulat 2026 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen), Stellungnahme des RR..... 25
- 40. Interpellation Nr. 25 Alex Ebi betreffend ungenügende Förderung des Sports und der Sport-Infrastruktur, Schreiben des RR..... 30



41. Budgetpostulat 2026 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter), Stellungnahme des RR 32
42. Motion Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend die Delegation impfbezogener Verrichtungen an Pharmaassistentinnen und -assistenten, Stellungnahme des RR 36
43. Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR 36
44. Interpellation Nr. 19 Tobias Christ betreffend Digitalisierung im Gesundheitswesen – Auswirkungen der Auswahl des neuen Klinikinformationssystems (KIS) des Universitätsspital Basel (USB) Auswirkungen auf die Gesundheitsregion Basel, Schreiben des RR 37



Beginn der 11. Sitzung

Mittwoch, 22. April 2026, 15:00 Uhr

23. Anzug 1 Michael Graber und Konsorten betreffend Tramdepot Eglisee aus dem Dornröschenschlaf wecken

[22.04.26 15:00:12, 26.5052.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Nachtrag zum Lohnmassnahmenpaket

Wie viele mitbekommen haben, konnte heute Morgen eine Person nicht digital an der Abstimmung betreffend dem Lohnmassnahmenpaket teilnehmen. Die gesetzliche Grundlage dazu ist klar. Gemäss § 30b betreffend Abstimmungen in Abwesenheit wurde unter Abs. 4 festgelegt, Abstimmungen werden nicht wiederholt, wenn abwesende Ratsmitglieder ihre Stimme aus technischen Gründen nicht abgeben konnten. Der Parlamentsdienst und das Ratsbüro werden den Vorgang analysieren und falls nötig Massnahmen treffen.

Kärtli einstecken

Auch heute Nachmittag bitte ich Sie, wieder das Kärtli einzustecken, damit Sie im Abstimmungssystem anwesend sind.

Rücktritt aus dem Grossen Rat

Pascal Pfister hat den Rücktritt aus dem Grossen Rat per 8. September 2026 eingereicht. Wir werden Pascal Pfister an seiner letzten Sitzung gebührend verabschieden.

Nachtsitzung

Zu guter Letzt, wir werden heute Abend eine Nachtsitzung durchführen.

Wir fahren weiter mit Traktandum 23. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

24. Anzug 2 Julia Baumgartner und Konsorten betreffend faire Honorare für professionelle Kulturschaffende

[22.04.26 15:02:05, 26.5055.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin nicht aus Prinzip gegen faire Honorare, aber das Verfahren, das hier angewandt werden soll, ist doch relativ ungewöhnlich. Heute Morgen wurde das hohe Lied der Sozialpartnerschaft gesungen und hier, wenn ich es richtig verstehe, soll abgestellt werden auf Empfehlungen der Berufsverbände. Das ist nur ein Teil im Arbeitsmarkt der Kulturschaffenden, Auftraggeber und Arbeitgeber scheinen da keine Stimme zu haben. Und ich kann Ihnen einfach sagen, früher hatten die Anwaltsverbände alle Honorarempfehlungen, die wurden dann von der, damals hiess sie, glaube ich, noch Kartellkommission, gekippt und gesagt, das geht nicht, dass da einseitig quasi sich alle verpflichten, sich an so etwas zu



halten und die Mitgliedschaft in Verbänden war ja bei Anwälten auch nicht bindend. Ich glaube, das ist ein Instrument, das aus der Zeit gefallen ist. Also ich glaube, da wird etwas verlangt, das man einfach dann abstellt auf die sicherlich sehr gut gemeinten Forderungen nur einer Seite, der Marktteilnehmer.

Und dann ist auch noch von den Honorarempfehlungen die Rede und das andere ist von den branchenüblichen Mindeststandards. Ob das das gleiche ist oder nicht, ich weiss nicht, warum man da unterschiedliche Standards anwendet.

Und dann ja, die Mittel, die zur Verfügung stehen, sind begrenzt. Wir setzen ja jetzt in Leistungsvereinbarungen durch, dass «faire» Honorare bezahlt werden, aber das kann auch nicht heissen, dass dann, und da staune ich, dass da auch finanzbewusste Mitglieder oder ein Mitglied der Liberaldemokraten unterschrieben hat, dass dann einfach unbeschränkt wieder die staatlichen Mittel ausgeweitet werden.

Ich weiss, ich kämpfe da vergebens, aber ich will doch gewisse Sachen zu bedenken geben, dass das Instrumentarium hier doch eine gewisse Fragwürdigkeit hat, und bitte Sie erfolglos, dies mitzuberücksichtigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Ich lese heute das Votum in Vertretung für Johannes Sieber vor. Der vorliegende Anzug greift ein politisch wichtiges Thema auf, faire Honorare für Kulturschaffende. Für uns Grünliberale ist klar, wo der Staat Kultur fördert oder als Auftraggeber auftritt, trägt er Verantwortung und dazu gehören auch faire Honorare. In diesem Sinne unterstützen wir den vorliegenden Vorstoss. Gleichzeitig ist eine ehrliche Diskussion aber wichtig.

Der Anzug nimmt Bezug auf die Musikvielfalt-Initiative. Diese wurde von der Bevölkerung deutlich abgelehnt und das aus guten Gründen. Die Initiative vermittelte den Eindruck, dass sich das strukturelle Prekariat in der Sparte Musik politisch umfassend lösen lässt. Das ist ein Versprechen, das so alt wie leer ist, auch im farbigen Gewand der Vielfalt. Tatsächlich ist das weder mit der Initiative möglich gewesen noch mit diesem Vorstoss. Denn wir müssen uns eine unbequeme Realität eingestehen, nicht alle Kulturschaffenden können von ihrer Arbeit leben und werden es auch künftig nicht können. Selbst wenn der Staat überall dort, wo er engagiert ist, faire Honorare sicherstellt, bleibt die Anzahl der Auftrittsmöglichkeiten für Musikerinnen und Musiker begrenzt. Diese strukturelle Begrenzung lässt sich politisch nicht aufheben, auch nicht mit unbegrenzter Finanzierung.

Ein Beispiel verdeutlicht dies. Will man einem Musiker allein durch öffentlich finanzierte Auftritte ein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen, müsste er gemäss gängigen Horrorerechnungen praktisch wöchentlich ein Konzert spielen. Nun mögen Einzelne sagen, das wäre machbar, doch entscheidend ist nicht nur das Angebot, sondern auch die Nachfrage. Keine Stadt in der Grösse von Basel möchte pro Jahr 52 Konzerte desselben Musikers hören und schon gar nicht 52 Konzerte von allen Musikerinnen und Musikern dieser Stadt. Ein solches Überangebot fände kein Publikum, nicht in der Musik und schon gar nicht, wenn derselbe Meccano in allen Kultursparten angewandt würde.

Es ist und bleibt darum eine falsche Erwartung, dass der Staat das Prekariat unter den Kulturschaffenden beseitigen könne. Diese Realität dürfen wir nicht ausblenden und es gehört zur Verantwortung von uns Politikerinnen und Politikern, hier ehrlich zu sein. Ehrlich sein bedeutet konkret, dort, wo der Staat sich engagiert, soll er für faire Honorare sorgen, ja, aber er kann nicht dafür sorgen, dass alle Kulturschaffenden von ihrer Tätigkeit leben können.

Der Anzug ist aus GLP-Sicht genau deshalb sinnvoll, weil er diese Diskussion anstösst. Welche Verantwortung trägt der Staat konkret und wie kann er dieser Verantwortung gerecht werden, ohne falsche Erwartungen zu wecken? In diesem Sinne empfehlen wir Grünliberalen die Überweisung des Anzugs.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich stehe heute in einer besonderen Rolle vor Ihnen. Ich habe diesen Anzug mitunterzeichnet, weil mir die faire Entlohnung von Kulturschaffenden ein persönliches Anliegen ist. In der Zwischenzeit habe ich mich jedoch intensiv mit der aktuellen Entwicklung unserer Kulturpolitik auseinandergesetzt und dabei musste ich feststellen, die Realität hat unseren Anzug ein Stück weit überholt, und zwar im positiven Sinn.

Das neue Kulturleitbild Basel-Stadt greift die Forderung nämlich direkt auf. Dort ist unmissverständlich festgehalten, ich zitiere: Von den Betriebsbeiträgen geförderten Institutionen wird neu erwartet, dass sie branchenspezifische Fair-Pay-Grundlagen berücksichtigen. Auch in der freien Szene sollen Programm- und Projektförderung hohe Qualität und faire Gagen und Löhne begünstigen. Zitat Ende. Damit ist ein Ziel des Anzugs, die Verankerung von Fair-Pay in der kantonalen Förderpolitik, bereits fast schon eine offizielle Strategie des Regierungsrats geworden.



Ich darf hierbei festhalten, dass meine Fraktion, die LDP, in deren Namen ich heute auch sprechen darf, hierbei derselbe Meinung ist. Wir wollen wirksame Politik betreiben und keine unnötigen Doppelspurigkeiten schaffen. Da das Leitbild genau jene Mechanismen einführt, die in dem Anzug gefordert werden, soll die Verwaltung und die Institutionen nun die nötige Zeit haben, um die Vorgaben in die Praxis umzusetzen. Wir möchten zuerst konkrete Ergebnisse des Leitbilds abwarten, bevor wir irgendwelche weiteren Vorstösse vornehmen möchten.

Aus diesem Grund beantrage ich Ihnen heute auch im Namen der LDP, die Umsetzung des Kulturleitbildes abzuwarten und den Anzug zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiter zu verfolgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Eine Kulturstadt kann nur dann florieren, wenn Kulturschaffende fair bezahlt werden. Es ist eine Diskussion, die wir hier drin immer wieder führen, entgegen dem Schluss der LDP, die wegen dem Kulturleitbild zum Schluss kommt, dieser Anzug sei überflüssig. Wir als Fraktion sind fest davon überzeugt, dass auch diese Antworten, die der Anzug liefern kann, die vielleicht im Kulturleitbild auf einer ganz anderen Flughöhe im Moment diskutiert werden und in ihrer Dauer der Diskussion auch nicht vorgreifen, finden wir es sehr wichtig, hier diese Diskussion anzustossen.

Fakt ist nämlich, das haben wir gehört, dass diese existenzsichernden Honorare auch für ein einzelnes Konzert im Moment nicht Realität sind. Kulturschaffende sind trotz ihrer Expertise und ihrer Relevanz meistens unterbezahlt und leben in sehr prekären Verhältnissen, können auch nicht unbedingt von ihrer Arbeit leben. Es gibt also da, und ich glaube, das ist ein Punkt, auf den wir unbedingt hinweisen möchten, und der dieses neue Leitbild, also sowohl der Entwurf des Leitbilds, wo der Kanton sich selber dieses Fair-Pay schon sehr gross hineingeschrieben hat und betont, ich glaube, da muss man ganz stark vorsichtig sein, was für ein Fördersystem man einführen möchte, in welchen Formen diese Anpassungen kommen, für wen gelten denn diese branchenüblichen Honorare, die da ausbezahlt werden, was bedeutet es, eine professionelle Kulturschaffende zu sein oder halb professionell.

Dieser Anzug von Julia Baumgartner ist darum extrem wichtig, um diese Klärung voranzutreiben. Auch unsere Überweisung ist wichtig, um zu zeigen, hier gibt es ein ganz grosses Potenzial, ganz viele Fragen, die geklärt werden müssen. Auch eine Fair-Pay-Leitlinie des Kantons bedeutet nicht gleich, alle Kulturschaffenden, die mit dem Kanton in Verbindung kommen, werden gleich gut ausgelöhnt, weil es dann auch immer wieder Nebeneffekte gibt. Dementsprechend ist es uns insbesondere wichtig, dass diese Trennung zwischen professionell, nicht professionell, halb professionell, laienhaft, praxisnah und realitätsnah umgesetzt wird, ob jetzt im Kulturleitbild oder durch die Überweisung des Anzugs Baumgartner, weil dieses halbprofessionelle oder nebenbei in der Kultur zu arbeiten, um auf der anderen Seite noch einen Job zu haben, um die Existenz zu sichern, auch flexible Lösungen bedarf und eine Unterstützung beispielsweise auch im Übergang von halbprofessionell in professionelles Kulturschaffen möglich sein muss.

Also ein Bewusstsein für die Auswirkungen, ob man das jetzt mit diesem Anzug macht oder ob man das dann im Kulturleitbild macht, wo der Kanton am Ende nämlich dieses Fair-Pay sich jetzt auf die Fahne schreibt und umsetzen muss. Eine Weitsichtigkeit und ein wirkliches Abschätzen der Auswirkungen von solchen Einführungen sehen wir als wichtig an und nichtsdestotrotz natürlich auch als extrem wichtig für unsere Kulturszene, dass diese existenzsichernden Löhne Standard werden und wir so diese Prekarität im Kulturschaffen, egal in welchem Bereich, nicht abhängig machen von Förderung und Stiftung extern, sondern da als Kanton vorbildlich vorgehen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Das Wort hat die Anzugsstellerin Julia Baumgartner.

Julia Baumgartner (SP): Ich habe diesen Anzug aus einer indirekten Betroffenheit auch formuliert. Viele meiner Freund*innen aus dem Studium leben von ihrem Kunstschaffen bzw. sie versuchen davon zu leben. Wenn ich den Umfang und die Qualität ihrer Arbeit sehe und dann höre, wie viel sie verdienen, dann stimmt mich das ehrlich gesagt fassungslos. Für mich ist ganz klar, es braucht eine angemessene finanzielle und soziale Absicherung von Kulturschaffenden und dafür tragen wir als Kanton auch eine Verantwortung. Und vielleicht einfach noch kurz auf den Kommentar von Johannes Sieber oder jetzt vorgetragen von Bülent Pekerman, es geht nicht nur um Musikschafter, sondern der Anzug ist extra so formuliert, dass es um kulturelles Schaffen generell geht. Ich glaube, das ist auch sehr wichtig in der kulturpolitischen Debatte, dass wir diese Gräben, die doch immer wieder bestehen, dass wir diese überwinden.

Für mich ist klar, der Kanton ist nicht einfach Zuschauer, der sagt, ja, das ist Markt und nicht mein Problem, der Kanton ist eben aktiver Käufer und Ermöglicher von Kultur. Er finanziert Institutionen und Projekte und das ist der zentrale Punkt. Wenn der Kanton Gelder spricht, egal, ob dies nun für eine Institution wie die Basler Madrigalisten oder das Sinfonieorchester ist



oder für ein einzelnes Projekt, dann muss dies unter der Bedingung geschehen, dass Honorare auch anständig gestaltet sind. Und ja, wir können nicht dafür sorgen, dass alle Kulturschaffenden in unserem Kanton davon leben können mit diesem Anzug, aber es geht eben darum, um die Projekte, die von unserem Kanton mitfinanziert werden, dass dort gewährleistet ist, dass die Entschädigung auch korrekt ist.

Ein wichtiger Punkt gleichzeitig ist jedoch natürlich, dass wir der Vielfalt in unserem Kanton Sorge tragen, und das Kulturfördergesetz gibt dem Kanton den Auftrag, für ein vielfältiges Angebot zu sorgen und das müssen wir auch berücksichtigen. Deshalb auch die Frage im Anzug, wie das umgesetzt werden kann. Die LDP-Fraktion und Kollege Battaglia verweisen auf das Kulturleitbild und sagen, man soll jetzt mal abwarten. Ja, ich begrüsse es sehr, dass die Frage nach Fair-Pay im Kulturleitbild aufgenommen wurde und wir haben das von Seiten SP in der Vernehmlassungsantwort auch so gewürdigt, aber es stellt sich ganz klar die Frage nach der Umsetzung und dafür braucht es diesen Anzug, denn es darf nicht bei diesem sympathischen Satz bleiben, es braucht konkrete Massnahmen und die Frage, wie werden Honorare und Gagen bei Projekten im Förderprozess geprüft und wie werden sie bei der Abrechnung transparent ausgewiesen und was das für die Fördervielfalt bedeutet.

Ich habe es vorher schon ein bisschen erwähnt, der Kanton kann nicht garantieren, dass alle, die Künstler*innen sein wollen, davon leben können, der Vorstoss fordert einzig, dass Institutionen und Projekte, die der Kanton mitfinanziert, professionelle Kultur zu fairen Bedingungen produzieren sollen. Der Kanton hat da eine Verantwortung und ich danke Ihnen sehr für die Überweisung dieses Anzugs und es stimmt mich optimistisch, dass wir kulturpolitisch auch sparten- und parteiübergreifend vorwärts machen können in Zukunft. Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen in diesem Bereich.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008696, 22.04.26 15:20:03]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 60 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen überwiesen.

25. Anzug 3 Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Beschilderung des Schulstandortes Gartenstrasse Sek I

[22.04.26 15:20:09, 26.5056.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



26. Anzug 4 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Verschlechterung der Umsteigebeziehung von Bus 80 und 81 am Aeschenplatz

[22.04.26 15:20:32, 26.5064.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

27. Anzug 5 Michael Graber und Konsorten betreffend Feuerwerks-Littering

[22.04.26 15:20:58, 26.5065.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Motion Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Ausweitung der Elternzeit für die bisher ausgeschlossenen Betriebe des Kantons Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[22.04.26 15:21:20, 25.5282.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Frau Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Eingetragen als Fraktionssprecherin für die SVP hat sich Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Bei der Erstüberweisung im September haben wir viel darüber diskutiert, wie dieser Vorstoss verstanden werden muss und wie umfassend er gemeint ist, denn obwohl es sich hier um eine verbindliche Motion handelt, ist er unklar formuliert und es ist unklar, wie die Umsetzung hier dann gedacht ist oder was genau damit gemeint war und das hat auch die Regierung in ihrer Stellungnahme festgehalten.

Ich erinnere, wir sprechen hier von der Ausweitung der Elternzeit, die als Kompromiss im Standortförderpaket beschlossen wurde, erst im letzten Jahr, und diese soll nun ausgeweitet werden. In welcher Form, drei Wochen, mehr als bestehend, drei Wochen, mehr als gesetzlich, wie es genau im Motionstext dann gemeint ist, drei Wochen insgesamt, das ist eben, wie gesagt, trotz Motion unklar.

Fakt ist aber, die Regierung hat das bereits festgehalten, dass die Elternzeit nicht freiwillig festgehalten werden könnte im Personalgesetz. Das heisst, man könnte hier nicht wie vorgeschlagen und wie auch im Standortförderpaket die Elternzeit freiwillig vorsehen. Sie würde also hier fix eingeführt, womit wir schon mal nicht analog dem Standortförderpaket sprechen könnten, wie es hier auch gemacht wird, dass man sagt, es soll ähnlich eingeführt werden. Und weil es auch hier immer wieder als Argument verwendet wird und weil man es einfach nicht oft genug wiederholen kann, die Gewährung von Elternzeit in anderen Ländern ist nicht zwingend besser als hier in der Schweiz, weil wir hier in der Schweiz gewähren 80% des versicherten Lohnes über die EO. Wenn man Zeit gewährt, ist das schön und gut, wenn sie nicht entlöhnt ist, bringt es wenig. Und das wird in der Argumentation von der linken Seite oft einfach weggelassen.

Ein paar Beispiele, um das zu veranschaulichen. Die EU-Staaten müssen einen Elternurlaub von mindestens vier Monaten vorsehen, aber sie bestimmen selbst, ob das vergütet ist oder nicht. Deutschland als Beispiel. Elternzeit, während der man



65 bis 67% des Lohnes erhält. Frankreich hat zwar eine Elternzeit, diese wird aber nur mit einer Pauschalhilfe von ein paar wenig 100 Euro abgedeckt. Spanien hat 16 Wochen Mutterschutz und vier Wochen Vaterschaftsurlaub, danach gibt es unbezahlte Elternzeit. Man hat einen Anspruch, bis zu drei Jahre zu Hause zu bleiben, mal schauen, wer das alles nützt, wenn man ja diese nicht bezahlt bekommt. Portugal zahlt nach dem Mutterschutz nur noch 25% des Lohnes. Da muss man sich je nach Lohn gut überlegen, ob man dafür zu Hause bleiben kann. Die Beispiele zeigen also, unsere Mutter- und Vaterschaftsentschädigung bzw. die Entschädigung für den anderen Elternteil ist nicht so schlecht. Sie ist nicht wesentlich kürzer und sie ist vor allem sehr gut bezahlt, so, dass man eben mit dem gleichen Standard weiterleben kann.

Und noch zu dem Argument, das meines Erachtens in der Erstüberweisung etwas zu kurz gekommen ist und das die Regierung indirekt aufnimmt, indem sie sagt, sie möchte am Prinzip der Eigenleistung festhalten, das Geld. Denn es ist ein Nice-to-have, das wir hier wieder einführen möchten und das kostet Geld, es kostet wieder den Steuerzahler. Wir haben heute Morgen sehr viel Geld ausgegeben, gesprochen, hier soll wieder Geld gesprochen werden. Es ist ein Nice-to-have für wenige statt für alle, liebe SP.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich selbst bin ja gegen jegliche Ausweitung von Elternurlaube. Trotzdem verweise ich jetzt hier auf die Motion Wyss/Gölgeli, die ja weiterhin hängig ist, das hat Nicole Amacher auch gesagt. Gerne können wir dort diese Debatte weiterführen, ich debattiere ja auch sehr gerne mit Nicole Amacher, aber hier dieser Vorstoss, das ist einfach wieder eine Salamtaktik, wo man hier wieder diese Elternzeit nach und nach ausweiten will, um am Schluss das eigentliche Ziel, das haben Sie, Nicole Amacher, ja auch gesagt, eine Elternzeit für alle und sehr ausgeweitet eingeführt wird.

Deshalb im Namen der Fraktion der SVP bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir von der GLP gehen jetzt nicht mehr auf die inhaltlichen Aspekte dieser Motion ein. Meine Vorrednerin hat es schon erwähnt, dass da auch Unklarheiten bestanden, die, glaube ich, mittlerweile aber einigermaßen geklärt sind. Was bei mir zurückbleibt, ist einfach Zweifel, ob jetzt diese Motion, wenn man sie überweisen würde, wirklich so viel verbessern würde. Es würde vielleicht dazu führen, dass man dann schneller Elternzeitregelungen verbessert in gewissen angeschlossenen Betrieben, namentlich zum Beispiel beim Unispital, aber ich denke trotzdem, dass da noch andere Sachen im Moment im Weg stehen. Und wenn das Unispital, und ich will da die operationelle Selbständigkeit vom Unispital überhaupt nicht anzweifeln, auch nicht an dieser Stelle, ich würde es denen durchaus anraten, das mal zu überdenken, vielleicht sollten sie eine bessere Elternzeit einführen, aber ich denke, das sollte von ihnen auskommen und an der Finanzierung wird das, glaube ich, nicht scheitern. Politisch wäre der Rückhalt da, das dann auch zu versorgen, dass sie das finanzieren würden. Oder zum Beispiel die IWB oder was auch immer.

Das wäre die inhaltliche Ebene, deshalb nicht so wichtig, für uns ist die politische Ebene hier im Vordergrund. Wir von der GLP, wie auch schon vorher ausgeführt, es ist ja auch in der Motion explizit so genannt, es ist diese Verbindung mit dem Standortpaket, da wurde das diskutiert, da ist die linke Seite nicht durchgedrungen mit ihrem Wunsch und bringt das jetzt hier mit dieser Motion noch einmal auf den Tisch. Ich sage gar nicht, dass man das nicht machen darf, natürlich, man darf die Diskussion jederzeit wieder aufnehmen, aber wir von der GLP finden, dass es im Moment sachlich nicht nötig und gerechtfertigt ist. Ich nutze noch die Gelegenheit, hier auf die Familienzeit-Initiative hinzuweisen, für die auf Bundesebene im Moment Unterschriften gesammelt wird und die eine Lösung beinhalten würde zum Thema Elternzeit, wie es die GLP auch begrüssen würde.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Nicole Amacher. Diese wird angenommen.

Nicole Amacher (SP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Ich verstehe es nicht ganz. Sie haben gesagt, der Rückhalt der GLP wäre grundsätzlich da, der Bedarf ist eigentlich auch da. Es ist ja dann freiwillig immer noch für alle. Wieso wollen Sie das jetzt nicht?

Tobias Christ (GLP): Wie gesagt, erstens finden wir, jetzt ist nicht der Moment. Wir haben das diskutiert im Rahmen des Standortpakets und jetzt müssen wir das nicht mehr diskutieren. Zweite kleine Antwort, wir finden es eine gute Idee, aber wir glauben nicht, dass mit der Freiwilligkeit das jetzt im Moment irgendetwas ändern würde. Wenn schon müsste man es so verstehen, dass es eingeführt werden muss, dann wäre es was anderes, aber das haben Sie jetzt mit Ihrer Frage auch gesagt, dass Sie es auch nicht so verstehen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt die Zweitüberweisung dieses Geschäfts als Motion. Inhaltlich bleiben wir natürlich bei unserer Haltung. Es darf und soll keine Ungleichbehandlung von Arbeitnehmenden verschiedener Unternehmen und Institutionen im Kanton geben, davon hatten wir es heute ja schon bereits einmal.

Als Grüne setzen wir uns seit langem für Elternzeit ein, die diesen Namen auch verdient. Die heutige Situation in der Schweiz zeigt klar, weshalb Handlungsbedarf besteht. Aktuell haben Mütter lediglich 14 Wochen Mutterschaftsurlaub und Väter nur zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Damit liegt die Schweiz im europäischen Vergleich fast am Ende der Rangliste bezahlter Elternzeitregelungen. Nun haben wir mit dem Standortförderpaket eine Ungleichbehandlung geschaffen für Arbeitnehmende im Kanton. Wir von der Fraktion GRÜNE/jgb hätten es begrüsst, wenn dieses Anliegen bereits im Rahmen der StaföG-Beratung aufgenommen worden wäre. Auch wenn wir die fehlende Unterstützung der SP damals bedauern, bleibt für uns klar, das Kernanliegen ist richtig.

Eine echte Elternzeit ist ein wichtiges sozialpolitisches Instrument. Sie entlastet Familien, stärkt die Gleichstellung und verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit einer verlängerten Elternzeit wird Elternschaft von Anfang an als gemeinsame Verantwortung verstanden. Davon profitieren nicht nur Familien, sondern auch Wirtschaft und Gesellschaft. Studien zeigen deutlich, dass durch bessere Elternzeitregelungen mehr Mütter im Erwerbsleben bleiben oder früher zurückkehren, was langfristig auch dem Fachkräftemangel entgegenwirkt. Es ist für uns daher wichtig und richtig, dass faire und moderne Rahmenbedingungen nicht nur in einzelnen Unternehmen gelten, sondern möglichst für alle Arbeitnehmenden im Kanton.

Gerne möchte ich zum Schluss noch einen fast etwas historischen Exkurs machen. Der Regierungsrat verweist in seiner Stellungnahme auf den Anzug Edibe Gögeli und Sarah Wyss betreffend Einführung Elternzeit im Kanton Basel-Stadt, der notabene 2019 als Motion eingereicht wurde und 2020 als Anzug überwiesen wurde und dessen Frist in einem Jahr abläuft und dann gut sieben Jahre in der Verwaltung bearbeitet wurde. Der Regierungsrat verweist auf diesen Vorstoss und sagt, das Anliegen werde bereits geprüft. Mit allem Verständnis für komplexe und vielschichtige Arbeiten, die damit verbunden sind, erweckt dies schon etwas den Anschein, dass man das Anliegen auf die lange Bank schieben möchte.

Die Fraktion GRÜNE/jgb möchte aber einen verbindlichen Auftrag für Verbesserungen der Elternzeit im Kanton und unterstützt deshalb die Zweitüberweisung und sagt Ja zur Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Die LDP lehnt auch die Zweitüberweisung dieser Motion ab, und zwar einerseits, weil wir uns noch gut an den Kompromiss, den wir im Rahmen des Standortförderpakets gemacht haben, erinnern, wo es darum ging, Wirtschaftsförderung zu betreiben und deswegen über diesen Topf Gesellschaft und Umwelt auch im Bereich Elternzeit Fortschritte zu erzielen und das war in dem Sinn eigentlich ein Einschluss dieser Massnahme. Jetzt geht es hier aber ein bisschen paradigmenschwermässig um die ausgeschlossenen Betriebe, was ich speziell finde, denn wir haben uns auf eine Lösung im Rahmen eines Kompromisses geeinigt in der WAK, dann hier im Plenum und jetzt wird eigentlich das gleich schon als Standard genommen und die ausgeschlossenen Betriebe werden jetzt hier moniert. Ich finde das schade für unsere Konsenspolitik.

Ich finde auch, aus dem Text geht nicht ganz klar hervor, ob es jetzt eigentlich darum geht, einfach die Elternzeit im Kanton Basel-Stadt und den staatsnahen Betrieben einzuführen und das fix ins Budget aufzunehmen. Das ist dann nicht mehr freiwillig, das ist dann im Reglement drin und wird dann so gemacht. Und wenn wir es heute ja schon von den Verbesserungen hatten, die noch anstehen, müssen wir das jetzt auch mitdenken, dass das nochmal ein grosser Vorteil wäre.

Wir sehen auch, der Topf funktioniert noch nicht in der Privatwirtschaft, das konnten wir gestern lesen, wo jetzt Massnahmen getroffen werden, um das anzukurbeln. Von dem her fände ich es falsch, jetzt hier diese Massnahme fix einzuführen für den Kanton, während offenbar der Anklang dafür in der Privatwirtschaft gar noch nicht so hier ist, wie das antizipiert wurde.

Von dem her bitte ich Sie im Namen der Liberaldemokratischen Fraktion, die Zweitüberweisung abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Nicole Amacher.



Nicole Amacher (SP): Ja, die Regierung stuft die Motion als rechtlich zulässig ein, sagt aber, dass sie bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen gerade andere Prioritäten haben. Ja, jetzt haben Sie vielleicht auch noch ein Ohr nach heute Morgen für diese Haltung. Denn mit Ihrer Haltung verwehren Sie nicht nur Ihnen die Möglichkeit, sie ist ja freiwillig, auch die Verwaltung könnte es freiwillig einführen, wenn sie denn wollte, das ist sehr klar formuliert in der Motion, aber dann auch allen anderen zugleich, die noch ausgeschlossen sind. Denn mit dem Standortpaket wurden nur einem exklusiven Teil der Unternehmen die Finanzierung von zusätzlichen drei Wochen Elternzeit zugesprochen. Das ist einerseits für diese und deren Arbeitnehmenden gut, aber eine nicht akzeptable Ungleichbehandlung für diejenigen, die nun nicht profitieren können. Deshalb wollen wir mit dieser Motion diese Ungleichbehandlung beseitigen und nun allen Unternehmen in Basel-Stadt, die bis jetzt ausgeschlossen sind, auch die Möglichkeit dieser freiwilligen zusätzlichen drei Wochen Elternzeit anbieten zu können, zu gewähren. Mit einer Annahme dieser Motion bleibt es ja ohnehin eben allen offen, ob sie das anbieten wollen oder nicht. Sie hätten einfach die Möglichkeit, das finanziert zu bekommen, wenn sie es anbieten wollen würden.

Wenn ich jetzt sehe, dass Sie diese Motion mit dieser moderaten Verbesserung der Elternzeit laut «Chrüzlistisch» ablehnen, dann frage ich mich schon, was Sie denn stattdessen wollen. Und das hat eben auch Anina Ineichen schon gesagt. Seit nun sieben Jahren stehen Vorstösse im Raum, die eine echte Elternzeit in Basel-Stadt fordern, die weit über diese Forderungen hinausgehen. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben letztes Jahr einen dieser Vorstösse, der eben viel mehr fordert als diese Motion jetzt, stehen gelassen. Ich interpretiere das so, Sie wollen mehr, gut, wir auch, aber lassen Sie uns jetzt diesen ersten Schritt tun, damit wenigstens alle Arbeitgeber*innen und damit alle Arbeitnehmenden die gleichen Möglichkeiten offen haben.

Deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn Sie diese Motion überweisen würden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Frau Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie reden von Ungleichbehandlung. Gut, ich möchte gleich hier einhaken. Der Fonds, das Standortpaket, ist ja ein Paket in sich. Wir wollten damit die höheren Steuereinnahmen weiterverwenden in die Standortattraktivität. Und ja, dort sind gewisse Unternehmen ausgeschlossen, das macht ja zum Teil auch Sinn, das sind ja vor allem Unternehmen, die keine Steuern bezahlen. Und jetzt sagen Sie, Ungleichbehandlung, da wehre ich mich ein wenig, weil die bezahlen ja auch nicht die Steuern. Man hat das abgegrenzt, wer dort profitieren kann und wer nicht. Und es ist ja so, dass jeder selber entscheiden kann, wie er Elternzeit ausrichten möchte oder nicht, da gibt es ja auch unterschiedliche Vorgehensweisen, das sehen Sie ja auch, das ist ja nicht überall gleich.

Wenn Sie jetzt diese Liste anschauen, für wen dann diese Beiträge wären, dann staune ich schon ein wenig. Wir reden dann vom Bund und seine Anstalten, finanzieren wir hier mit unseren Steuergeldern die Elternzeit. Wie auch der beruflichen Vorsorge, der PK, Krankenkassen und Krankenversicherer. Ist das wirklich die Idee? Gut, kann man haben, aber ob wir das jetzt wirklich mit unseren Steuergeldern machen sollen, erachte ich für fragwürdig.

Sie sagen freiwillig, ich sehe nicht, dass wir in der Verwaltung eine freiwillige Elternzeit machen können. Das kann ich mir gerade nicht vorstellen, wie wir das machen. Wir müssten in der Verwaltung weitergehen, als wir heute schon sind. Nein, da muss ich jetzt eben sagen, wir hatten jetzt andere Prioritäten. Eine davon haben wir heute Morgen beschlossen, das ist eine Priorität, die jetzt auch Geld kostet. Und wir haben einen attraktiven Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen bei vollem Lohn, ein bezahlter vierwöchiger Urlaub für den anderen Elternteil, dann haben wir noch einen dreiwöchigen bezahlten Schwangerschaftsurlaub und eine grosszügige Familienzulage. Da haben wir andere Bedingungen als andere Arbeitgeber, aber ich glaube, wir haben gute Bedingungen. Und der Regierungsrat sieht das jetzt einfach nicht, das war auch der Grund, dass wir damals beim Standortpaket nicht gesagt haben, die Verwaltung muss nun auch gleich viel bekommen, dass wir dort nachziehen. Und wir sehen auch nicht, dass wir das jetzt für all die Institutionen bezahlen sollten übers Budget. Das wäre dann eine Budgetposition, das wären nicht Steuermehrerträge, sondern das heisst dann immer, Verzicht auf etwas anderes.

Ich verstehe Ihre Kritik wegen dem Anzug. Ja, das wird geprüft, ob man das machen soll. Selbstverständlich sind solche Themen immer schwierig, weil wenn sie nicht auf Bundesebene eingeführt werden, führen sie ja zu noch mehr Ungleichbehandlungen in unserem Land.

Der Regierungsrat empfiehlt Ihnen daher, die Motion nicht zur Erfüllung zu überweisen, weil wir glauben, wir schaffen damit, so wie sie jetzt ausgestaltet ist, nur noch mehr Ungleichbehandlungen und wir würden uns gerne auf die Priorität, wie heute Morgen beschlossen, jetzt eigentlich mal fokussieren. Daher besten Dank, wenn Sie die Motion nicht überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird angenommen.



David Jenny (FDP): Regierungsrätin Tanja Soland, ist meine Auffassung rechtlich richtig, dass die Umsetzung der Motion nur durch die Schaffung einer formell gesetzlichen Grundlage möglich ist, weil eine Zweitmotionsüberweisung keine genügende finanzrechtliche Grundlage für solche Ausgaben bietet?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, ich glaube, das haben wir aber auch geschrieben, dass eine gesetzliche Grundlage für Förderbeiträge fehlt, das müssten wir dann machen. Wir müssten eine Rechtsgrundlage ausarbeiten, ja klar.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Anina Ineichen und weitere beantragen Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Der Regierungsrat und Laetitia Block und weitere beantragen Nichtüberweisung der Motion. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008701, 22.04.26 15:42:52]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 46 Ja-Stimmen gegen 47 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Motion nicht überwiesen.

29. Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[22.04.26 15:43:01, 21.5708.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

30. Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking, Schreiben des RR

[22.04.26 15:43:32, 24.5032.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.



Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

31. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[22.04.26 15:43:54, 25.5410.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Als erste Fraktionssprechende eingetragen habe ich für die SP Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die Regierung, wir haben es gehört, möchte die Motion leider nicht überweisen. Deshalb möchten wir von der SP-Fraktion den Vorstoss als Anzug überweisen. Die Regierung schreibt unter anderem, ungeachtet dessen, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist, besteht aus Sicht des Regierungsrats kein Bedarf für die Einführung des Swiss LGBTI-Labels. Der Regierungsrat setzt sich bereits heute im Bereich der Diversität und Inklusion vielfältig ein und verfolgt eine Nulltoleranz bei Diskriminierung und Belästigung am Arbeitsplatz.

Dieses Zitat zeigt meiner Meinung nach eigentlich schon alles. Zuerst wird der Vorstoss sehr juristisch beantwortet. Auch wenn die Motion rechtlich scheinbar nicht zulässig ist, hätte man ja vorschlagen können, sie als Anzug zu überweisen. Ich erkenne von der Regierung deshalb hier kein Goodwill. Auch zeigt diese Beantwortung, dass die Regierung denkt, sich für LGBTIQ einsetzen heisst, sich gegen Diskriminierung und Belästigung einzusetzen. Das heisst es zwar auch, aber nicht nur. Sich vielfältig einsetzen heisst zum Beispiel auch, dass man etwas über LGBTIQ weiss und den Arbeitnehmenden ein breites Angebot dazu bietet. Es heisst auch, dass man solidarisch sein kann, bevor eine Diskriminierung vorgefallen ist. Es heisst auch, nicht ein zeitlich begrenztes, sondern ein nachhaltiges, breit gefächertes Angebot zu haben, und es heisst auch, eine Willkommenskultur aktiv zu gestalten.

Genau deshalb wäre das Label gut für den Kanton als Arbeitgeber, weil damit informiert und sensibilisiert wird, dass es nicht reicht, sich gegen Diskriminierung einzusetzen und dass der Bedarf, von dem die Regierung denkt, keinen zu haben, sehr wohl nach wie vor ziemlich hoch ist. Entsprechend dem Vorstoss Bertschi von 2017 ist Basel seit März 2026 offizielles Mitglied des Rainbow Cities Network und setzt sich damit aktiv für die Stärkung von LGBTIQ-Rechten und gegen Diskriminierung ein. Davon unabhängig oder in Ergänzung dazu wäre das Label perfekt. Denn ein Vorteil des Labels ist, dass die Angebote vom Verein in Anspruch genommen werden können und man dadurch eben nicht mehr alles selbst erfinden und zusammenstellen muss. Man könnte damit also auch Geld sparen und hätte gute Inputs von aussen. Für mich ist durch die Beantwortung dieser Motion noch klarer, dass der Kanton sich um das Label bewerben müsste. Es würde dem Kanton als Arbeitgeber gut stehen, hier mit gutem Beispiel voranzugehen.

Würde der Vorstoss als Anzug überwiesen, könnte die Regierung prüfen und berichten, was immer noch unverbindlich ist. Falls sich dann herausstellen würde, dass eine Zertifizierung nicht passend ist oder mit der Mitgliedschaft bei Rainbow Cities vieles schon abgedeckt ist, könnten Sie dies dem Grossen Rat ja entsprechend aufzeigen. Ich habe auch etwas Angst, dass im Zuge der allgemeinen politischen Weltlage die Meinung herrscht, man hätte nun genug getan für LGBTI-Gleichstellung, Chancengleichheit, etc. Aber gerade jetzt scheint es umso wichtiger, an diesen elementaren und existenziellen Themen dran zu bleiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP eingetragen hat sich Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Für einmal verzichte ich auf eine inhaltliche Debatte und Diskussion über die Regenbogendoktrin, auch wenn sie es weiss Gott verdient hat, vertieft diskutiert zu werden. Auch wenn ich persönlich es bedaure, dass nicht mehr Leute hinstehen und nicht nur die Sonnen, sondern eben auch die Schattenseiten dieser Doktrin öffentlich machen. Beschäftigen wir uns mit dem Thema Label, Neudeutsch für Etikette, und Etiketten begleiten uns ja das ganze Leben hindurch. Wir sehen sie, begegnen ihnen praktisch jeden Tag beim Einkauf, das wird wo draufgeklebt und normalerweise steht auf der Etikette, was drin ist und wie teuer das ist.



Das verlangte Label macht das aber nicht, es zeigt nicht wirklich, was drin ist, es zeigt nicht, was in Basel drin ist. Es beschreibt einen kleinen Teil der Bevölkerung und macht vor, dieser Teil stehe für die Gesamtheit und das ist nachweislich nicht der Fall. Die Motion will die Stellung der LBTQI-Bevölkerungsgruppe stärken. Gut, ja, das ist ein absolut legitimes Ziel, darüber können wir diskutieren. Die beantragte Etikette täuscht aber etwas vor, was wie gesagt nachweislich nicht ist. Basel ist nicht LBTQI. Richtig ist, ein kleiner Teil der Bevölkerung identifiziert sich mit dieser Gruppierung, mit dieser Doktrin. Zu sagen, ganz Basel wäre das, das wäre im wahrsten Sinne des Wortes Etikettenschwindel. Laut Pink Cross ist der gesellschaftliche Rückhalt zu Gleichstellung und Schutz von LBTQI-Personen breit verankert und parteiübergreifend. Diese Aussage greift zu kurz. Der Schutz aller, nicht nur der LBTQI-Community, muss breit verankert sein. Ich betone hier, der Schutz aller. Die Motion zeichnet explizit einen einzigen kleinen Teil der Bevölkerung aus und berücksichtigt die grosse Mehrheit nicht. Das ist ein Beitrag zur Spaltung, die das Trennende betont.

Das beantragte Label wird von einer Non-Profit-Organisation vergeben, die aus den Dachverbänden einschlägiger Aktivistengruppen entstanden ist. Es sind gerade diese intransparenten NGOs. Sie kennen den Ausdruck NGO, Non-governmental organization, welche nach eigenen Vorgaben ein Urteil abgeben, ob eine Stadt das Etikett verdient. Die Labelerteilung erfolgt üblicherweise über das Abarbeiten von Checklisten und wer bei erfüllt genügend Häkchen sammelt, der darf sich dann das Etikett anhängen. Für die Urteile dieser selbst ernannten Moralhüter gibt es praktisch keine demokratische Einspruchsmöglichkeit und wer sich dennoch kritisch äussert, der läuft Gefahr, als Homophob, Transphob, Nazi und was es sonst noch alles an Ausdrücken gibt, beschimpft zu werden. Ja, meine Damen und Herren, ich frage Sie wirklich, ist es wirklich Aufgabe des Staates, Identitätspolitik zu betreiben? Ich sage namens der SVP, nein, ganz klar nicht. Aufgabe des Staates ist es, Rechte zu garantieren, nicht sich Labels anzuhängen. Labels sind Privataufgabe und nicht eine Staatsaufgabe.

Reden wir über den zweiten Teil der Etikette, den Preis. Die Folgekosten eines solchen Labels sind für unseren Kanton völlig im Dunkeln. Sicher ist einzig, dass es Kosten auslösen wird. Das Label verlangt Audits, Monitoring, Berichte, Re-Audits, wieder Berichte, vermutlich noch Diskussionen hier im Grossen Rat, die Verwaltung wird belastet, die Politik wird belastet, ohne dass die Betroffenen direkt profitieren. Schon aus diesem Grund ist es nicht ersichtlich, wieso sich Basel dieses Label ankleben soll. Und es ist schon interessant, dass sich politische Kreise in unserem Kanton für dieses Pinkwashing statt für konkrete Massnahmen einsetzen. Auch die Begehrlichkeiten, die aus dem Etikett erwachsen, die sind völlig unbekannt, aber dass sie kommen werden, darauf können wir uns verlassen. Zu behaupten, Basel sei bei diesem Thema dermassen hintendrein, dass es dieses Label braucht, ist offensichtlich falsch. Basel ist in diesem Bereich ganz vorne mit dabei, wie es ja auch der Regierungsrat schreibt. Schliesslich und endlich kommt hinzu, dass die Motion unzulässig ist.

Alles in allem, eine Überweisung der Motion ist Symbolpolitik, ändert nichts an der jetzigen Situation, verursacht unbekannte Folge- und Verwaltungskosten, privilegiert einen kleinen Teil der Bevölkerung, basiert auf undemokratischen Prinzipien und ist nicht Staatsaufgabe und auch nicht rechtlich zulässig. Ich verspreche Ihnen, Sie können heute Nacht gut schlafen, wenn Sie diese Motion nicht überweisen, worum ich Sie namens der SVP bitte und ich danke Ihnen dafür.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Wir von BastA unterstützen ebenfalls den Vorschlag, diese Motion als Anzug zu überweisen. Wir haben durchaus Verständnis für die Haltung der Regierung, dass es eine übergeordnete kohärente Strategie im Umgang mit Labels und Sichtbarkeit geben soll. Eine gewisse Systematik und eine Gesamtstrategie sind sinnvoll, aber sie dürfen nicht zum Vorwand werden, konkrete Schritte aufzuschieben.

Die politische Realität für sehr viele queere Menschen hat sich in sehr kurzer Zeit massiv verändert. Bis vor etwas mehr als einem Jahr schmückten sich auch Grosskonzerne im Labeling und Pinkwashing. Konzerne sponsorten europaweit die Pride-Events, stellten eigene Wägen, usw. Doch mit den Dekreten von Donald Trump wurde der Regenbogen vieler Konzerne weggespült. Kurz, die Zeiten für LBTQI+-Personen werden rauer. Nicht irgendwo weit weg, sondern auch in Europa, auch in der Schweiz, auch in Basel. Rechte werden immer mehr in Frage gestellt, Sichtbarkeit wird angegriffen und das gesellschaftliche Klima wird in Teilen kälter. Das hat die Rede von Grossrat Beat Schaller gerade auch sehr eindrücklich bewiesen.

Gerade in einem solchen Kontext reicht es eben nicht, sich auf abstrakte Gesamtstrategien zurückzuziehen. Es braucht klare, sichtbare Zeichen der Unterstützung und es braucht ebenso konkrete, manchmal aber auch sehr sichtbare Massnahmen, die Schutz, Anerkennung und Teilhabe im Alltag stärken. Das LBTQI-Label oder eine sichtbare Positionierung ist dabei nicht einfach nur Symbolpolitik. Es ist ein Signal, wir sehen euch, wir schützen euch und dass wir und unser Kanton Haltung zeigen. Gleichzeitig ist es uns wichtig, wir wollen keine unkoordinierte Labelpolitik, darum unterstützen wir eben den Weg der Überweisung als Anzug. So kann geprüft werden, wie solche Massnahmen sinnvoll in eine Gesamtstrategie eingebettet werden können, ohne ihre politische Wirkung zu verlieren. Denn eines ist klar, eine vermeintliche Neutralität in diesen Fragen ist falsch.



Aus diesen Gründen unterstützt die Fraktion BastA die Überweisung als Anzug.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich schliesse gerne zu Ihrer Überraschung an meine Vorrednerin an, ich bin sehr für eine koordinierte Labelpolitik. Ich kündige jetzt an, dass ich, wenn ich vielleicht fünf Mal geschlafen habe, eine Motion einreichen werde für einen labellosen Kanton. Ich bin gespannt, ob diese Motion dann als rechtlich zulässig beurteilt wird. Aber das ist wirklich kein Scherz. Diese Labels, und ich rede von Label aller Art, sei es Sportstadt, Musikstadt, was auch immer Sie sich denken können, wir verursachen zuerst mal Aufwand, dann versprechen wir etwas nach aussen, aber ich meine, durch ein Label schafft man keine Rechte und schafft man keine Pflichten, man schafft zuerst mal Aufwand. Und ich glaube, die Gefahr von leeren Versprechungen ist sehr gross und einfach sagen, ja, wir müssen jetzt ein Zeichen setzen, sei es für irgendwas, ist einfach kein ausreichender Grund, auch im Kanton Basel-Stadt nicht, um Geld auszugeben. Und ich glaube, ich wäre froh, wenn wir vielleicht einmal ein Schild haben, Baselland hat ja immer «Willkommen im Basbiet», wir können sagen, «Willkommen in Basel-Stadt», ein labelloser Kanton, Taten statt Worte und damit bitte ich Sie, diese Motion auch als Anzug zu versenken.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich kann mich eigentlich grossmehrheitlich an die Voten meiner Vorrednerinnen Michela Seggiani und Franziska Stier anschliessen und bis zu einem gewissen Grad bin ich auch bei David Jenny, wenn es um die Frage der Sinnhaftigkeit von Labels geht. Ich selber frage mich manchmal auch ein bisschen, was Label bringen und bin deshalb eigentlich jetzt auch nicht unglücklich, dass wir diese Motion als Anzug nochmal überweisen, was ich hiermit auch im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb beantrage, dass nämlich der Kanton das nochmal prüft, im Rahmen des Projekts Arbeitgeberattraktivität zu schauen, welche Label hier Sinn machen und was es an Mehrwert für die kantonale Verwaltung bedeuten würde, dieses Label einzuführen.

Was ich gleichzeitig auch sagen möchte, solange in der Gesellschaft, aber zum Beispiel auch hier im Grossen Rat die Position vertreten wird, dass die LGBTIQ-Community in irgendeiner Art und Weise privilegiert wäre oder privilegiert würde durch so ein Label, brauchen wir diese Auseinandersetzung mit diesem Thema. Wir brauchen Sensibilisierung, wir brauchen Aufklärung, weil nach wie vor offensichtlich nicht verstanden worden ist, dass aufgrund der Diskriminierung dieser verschiedenen Personengruppen, die hier benannt werden, das übrigens auch nicht einfach eine Community ist, mit der sich dann gewisse Leute identifizieren oder irgendwie die fördern möchten, sondern dass das ganz konkrete Personen sind, deren Leben so verläuft, und die hier im Kanton und überall sind und die garantiert nicht privilegiert werden, sondern wo weiterhin sensibilisiert und aufgeklärt werden muss, inwiefern diese Personen von Diskriminierung betroffen sind und noch nicht gleichgestellt sind. So lange müssen wir diese Thematik besprechen und so lange müssen wir uns auch Gedanken machen, ob so ein Label etwas bringt, und vielleicht zum Beispiel eine gute Ergänzung ist zum Beitritt zum Rainbow Cities Network, das der Kanton jetzt gerade gemacht hat.

Was ich vor allem noch sagen möchte, und das ist ja eigentlich auch schön, die Regierung zeigt ja auch auf, wie viele Massnahmen bereits auch am Laufen sind im Rahmen des neuen Gleichstellungsgesetzes, im Rahmen der Diversitätsstrategie. In Anbetracht dieser verschiedenen Massnahmen denke ich, wäre es wahrscheinlich auch nicht so schwierig, dieses Label dann auch zu erhalten, wenn man sich dafür bewirbt. Und wie Michela Seggiani gesagt hat, es dürfte ja auch ein Mehrwert für die Kantonsverwaltung bestehen. Aber eben, diese Dinge sind zu prüfen und dann ist darüber zu berichten, wie das aussehen könnte.

Und ein Punkt, auf den ich noch eingehen möchte, über den wir jetzt nicht gesprochen haben, den ich aber sehr problematisch finde, ist der Hinweis der Regierung darauf, dass es im HR BS eine 50%-Stelle gibt, die für die gesamte Diversität und Gleichstellung in der kantonalen Verwaltung zuständig ist, so ein bisschen übergeordnet koordinierend, und gleichzeitig in einer schriftlichen Beantwortung einer Anfrage, die ich im Juli 2024 an die Regierung gestellt habe, nämlich genau mit der Frage, reicht eine 50%-Stelle für die ganzen Diversitätsthemen in der kantonalen Verwaltung, dann wie so ausführt, ja, tatsächlich, die Komplexität im Fachbereich Chancengleichheit und Diversität hat zugenommen, es gibt neue Aufgabestellungen, auch das Bedürfnis und die Sensibilisierung der Mitarbeitenden ist gestiegen. Diese Position vertritt die Regierung in dieser schriftlichen Anfrage und sie sagt da, dass sie die Entwicklung des Fachbereichs beobachten werde und schauen werde, ob die Ressourcen ausreichend sind. Und dann jetzt heute in der Stellungnahme zu dieser Motion zu sagen, ja, durch dass es nur eine 50%-Stelle ist, die für Gleichstellung und Diversität zuständig ist, wäre es eine ungebührliche Ressourcenbindung für eines dieser Themen, damit zeigt die Regierung ja eigentlich, dass diese 50%-Stelle eben nicht ausreichend ist, um das gesamte Spektrum an Diversitätsthemen, wo es bei weitem nicht nur um LGBTIQ-Themen geht,



abzudecken. Ich möchte deshalb an dieser Stelle der Finanzdirektorin auch mitgeben, doch nochmal die Ressourcen dieser Fachstelle in HR BS genauer anzuschauen und sich zu überlegen, ob es da nicht allenfalls eine Ressourcenaufstockung braucht.

In diesem Sinne bittet die Fraktion GRÜNE/jgb Sie, diesen Vorstoss als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Wenn ich Bezug nehme auf meinen Vorredner, Beat Schaller, er hat gesagt, es ist keine Staatsaufgabe, das stimmt. Und Beat Schaller hat auch gesagt, wenn man Nein stimmt, wird man gut schlafen, also werde ich Nein stimmen und ich hoffe, ich werde gut schlafen.

Ich kann mich eigentlich kurz fassen, ich möchte nur zwei Sachen sagen, zwei Punkte zu dieser Diskussion. Die meisten Meldungen, die ich als Grossrat bekomme, sind zu diesem Thema LGBTIQ. Es sind vor allem junge Menschen, die sich bei mir melden, ich kann es schon nicht mehr hören, aber ich muss ja als Grossrat alles entgegennehmen und bin voll dabei, und die jungen Leute beklagen sich bei mir und sagen, Eric, wir wollen mit dem Thema nichts zu tun haben, das interessiert uns nicht. Und dann werde ich immer mit diesen Themen angesprochen und sage, ja gut, danke, dass ihr mir das sagt, aber ihr müsst es eurem Lehrer sagen. Aber wie gesagt, ich stelle fest, dass das Thema, das wir jetzt diskutieren, die jungen Menschen zwischen 12 und 19 Jahren massiv beschäftigt und dass sie das gar nicht wollen. Und wir haben ja schon oft gesagt, und das darf man sagen, es ist eine Minderheit, nicht eine Mehrheit.

Ich komme jetzt zum Schluss. Es gibt eine berühmte Parlamentsrede, die findet man in Google, wo ein Abgeordneter im Landtag Brandenburg die ganzen verschiedenen Geschlechter begrüsst hat, und er hat dann gesagt, es gibt Schwule, es gibt Lesben, es gibt, ich weiss gar nicht, was das ist, Androgyne, Bigender, Frau zum Mann.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es geht hier um das Label. Sprechen Sie bitte zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist die berühmteste Parlamentsrede, die einer in Deutschland gehalten hat. Es gibt 60 verschiedene Geschlechter, das habe ich gelesen bei Google, und da komme ich einfach nicht draus. Das wollte ich sagen und ich fühle mich normal.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Frau Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es geht nicht um den Inhalt, einfach um das nochmals zu betonen. Wir haben ja ein sehr modernes Gleichstellungsgesetz, wir haben auch einen Gleichstellungsplan und versuchen das umzusetzen. Also es ist nicht inhaltlich bestritten, dass wir in diesen Bereichen weitere Massnahmen benötigen, sensibilisiert werden müssen und weiter sensibilisieren müssen. Ich glaube, es ist wirklich eine Label-Diskussion.

Einerseits ist die Motion nicht zulässig und andererseits haben wir Ihnen ja bereits angetönt, dass wir der Meinung sind, wir würden uns lieber auf substantielle und nachhaltige Verbesserungen der Arbeitskultur konzentrieren, als das Label zu prüfen. Klar, das klingt immer gut und man kann das dann auch voranstellen, das habe ich schon verstanden. Ich gebe auch zu, dass ich eher im Departement bin, ich mache jetzt vielleicht auch nicht so gerne Bilder und Videos, gebe ich zu, darum ist bei mir Label, ja, ich brauche Inhalt, ich brauche Massnahmen, ich will etwas umsetzen, etwas erreichen.

Und die Stelle, die wurde endlich ja auch besetzt. Wir haben heute wirklich eine tolle Person, die dort arbeitet. Das war lange Zeit nicht so einfach und ich glaube, die Strategie wird jetzt auch sehr gut gemacht inhaltlich, weil am Schluss brauche ich nicht bei HR BS auf der hohen Ebene viel Ressourcen, ich brauche sie bei den Mitarbeitenden ganz nah bei den dezentralen HRs. Es muss nah sein, sonst machen wir da Luftschlösser. Ich glaube, das wollen wir ja nicht, sondern wir wollen etwas Konkretes für die Mitarbeitenden machen. Daher klingt das jetzt vielleicht nach wenig, aber wenn es mehr Ressourcen braucht, ist das eher bei den dezentralen HRs und da haben wir im Budget, ich glaube, Budget 2026, auf dieses Jahr, haben wir ja aufgestockt bei allen dezentralen HRs, weil die immer mehr Aufgaben kriegen. Das finde ich dann auch sinnvoll, dass sie dort auch mehr Ressourcen haben.

Natürlich können Sie uns den Anzug überweisen und wir prüfen und berichten, das gibt sicher nochmals Druck. Wir waren jetzt einfach der Meinung, der Mehrwert vom Label, der ist nicht so hoch. Das haben meine Fachleute mir gesagt, ich würde



mir das da nicht anmassen, da weiss ich zu wenig. Es geht also nur darum, braucht man das Label noch dazu, inhaltlich ist es selbstverständlich nicht umstritten, wollen wir uns diesen sehr wichtigen Themen annehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Michela Seggiani und weitere beantragen Überweisung als Anzug. Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Damit wird die Motion als Anzug behandelt. Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008705, 22.04.26 16:11:06]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

32. Interpellation Nr. 141 Brigitta Gerber betreffend Stand Aufsichtsstruktur der CMS - transparentes Vorgehen, Schreiben des RR

[22.04.26 16:11:14, 25.5594.02]

Michael Hug (LDP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber (BastA): Zwischenzeitlich wurde dieses Geschäft schon dreimal verschoben und ich wollte schon sagen, und wir wissen immer noch nicht mehr als vor einem Jahr, auch in der ersten Märzsession des Jahres hat die Bürgergemeinde wiederum keine neuen Informationen gegeben, und so haben wir gewartet. Aber nun dies, am Dienstag wurde ohne grossen Kommentar, auch wenn es scheint, es ist der Aufmerksamkeit von Christian Mensch der BZ nicht entgangen, erscheint ein Bericht mit dem Titel «Bericht des Bürgerrates zum Übertrag der Aufsicht über die CMS an die BSABB». An den Bürgergemeinderat wurde das versandt. Der Bericht und auch die Ausführungen des Gutachters, Herrn Thomas Specht, sind auf der Homepage des Bürgergemeinderates für die Junisession zu finden. Ich empfehle Ihnen sehr, diese zu lesen.

Der Bürgerrat schreibt darin, dass er den Übertrag der Aufsicht über die CMS an die BPVG und die Stiftungsaufsicht befürworte und in die Wege leiten werde. Aha. Er schreibt, es sei ein weiteres Gutachten, von Herrn Thomas Specht, in Auftrag gegeben worden und auch dieser habe empfohlen und klar Stellung bezogen, dass die CMS unter die Stiftungsaufsicht sich begeben soll, und er halte diesen Übertrag auch für absolut möglich. Aha, zum zweiten. Das freut natürlich ausserordentlich. Dafür sei die Übertragung der CMS von einer öffentlich-rechtlichen Stiftung in eine zivilrechtliche Stiftung vorzunehmen und dies wird auch beschrieben als juristischer Kleiderwechsel als zwingend, die Praktikabilität aber als machbar.

Folgende konkrete Vorgehensschritte werden aufgezeigt, erstens ein Beschluss durch den Bürgergemeinderat, zweitens Bereinigung der einschlägigen Erlasse, die auch schon vorliegen. Alles nun sehr zielorientiert und rasch. Wer da jetzt von den Beteiligten was vorangetrieben hat, ist nicht ersichtlich, das Resultat jedoch durchaus zufriedenstellend. Denn eine moderne und transparente Regelung und die Unterstellung unter die Stiftungsaufsicht beider Basel, ist im Sinne der Good Governance sehr zu begrüssen. Wir versuchen schon länger, in diese Richtung zu überzeugen, auch wenn Christian Mensch



natürlich recht hat, dass sich der Bürgerrat weiterhin alle Macht- und Einflussmöglichkeiten erhalten will, so wie Wahl und Abwahl des CMS-Direktors oder allfällige Anpassungen des Stiftungszwecks. Aber als erster Schritt würde ich sagen, in die richtige Richtung. Transparenz begrüssen wir.

Damit bin ich zufrieden mit der Umsetzung des ersten Themenkreises der Interpellation, auch wenn dieses Ansinnen, natürlich auch das Resultat nicht in der Antwort der Regierung vom Januar zu lesen ist.

Mit dem zweiten Teil der Nachfrage in der Interpellation, der zu Hälfte nicht ausgeschöpften Fördermittel der letzten Berichterstattung, die ja nicht verloren gingen, sondern für das nächste Jahr bzw. die nächste Förderperiode stehen blieben, natürlich stellt sich hier die Frage, ob der Stifter dies so wollte, sozusagen auf dem Kässeli zu sitzen. Und ob es im Kanton Basel-Stadt tatsächlich keinen Bedarf gibt, sei mal dahingestellt. Die interessante Studie der CMS selbst «(K)ein Daheim?», Studie zur Obdachlosigkeit in Basel-Stadt und Engagement der Christian Merian Stiftung vom April 2014 zeigt jedenfalls eine Vielfalt von Handlungsfeldern und Möglichkeiten. Vielleicht muss man die nochmal nachlesen.

Aber für den Moment denke ich, es wurde endlich ein paar richtige Schritte gemacht, dieses kostbare Erbe nach 170 Jahren an die heutigen transparenteren Bedingungen anzugleichen. Die Strukturen zu bereinigen, das ist richtig. Wir werden sehen, wie die Stiftungsaufsicht mit diesem zweiten Aspekt des Testaments dann umgehen wird.

In diesem Sinne bin ich zufrieden mit dem vorläufigen Resultat.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

33. Interpellation Nr. 147 Anina Ineichen betreffend Verwendung von Copilot Chat in der Basler Verwaltung, Schreiben des RR

[22.04.26 16:16:41, 25.5600.02]

Michael Hug (LDP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Vielen Dank für die Antwort auf die Interpellation. Ich bin teilweise zufrieden, teilweise, weil ich weiss, dass Copilot zumindest auf dem Schulcomputer vorinstalliert ist und darum sicher zur Verfügung steht. Nun ja, es gibt über 300 Versionen von Copilot. Das sind die Gratisanwendungen, die die Schüler mutmasslich auf dem Computer haben, und es gibt auch versteckte Anwendungen wie beispielsweise die neue Funktion, in der einem die Outlook-Mails kurz zusammengefasst werden, so dass man eigentlich schon im Posteingang sieht, um was es ungefähr geht.

Ich bin froh über die KI-Richtlinie. Ich bin enttäuscht von der KI-Richtlinie, dass die Verantwortung wieder erneut auf die Mitarbeitenden abgeschoben wird, meiner Meinung nach, und ich hoffe ganz fest, dass die Kantons-IT weiss, wo überall die Daten gespeichert werden. Weil Copilot, das muss man sich bewusst sein, das speichert nicht in den europäischen Clouds, das ist nahezu ausgeschlossen nach aktuellen Erkenntnissen, welche ich am Winterkongress der Digitalen Gesellschaft gewinnen konnte, sondern Copilot speichert die Daten irgendwo zwischen. Also sobald es durch Copilot beantwortet wird oder bearbeitet wird, haben wir eigentlich eine Datennutzung, die nicht mehr erlaubt wäre in unserem Datenschutzrecht. Ich hoffe, der Kanton weiss, was er macht, ich kann mir nicht anders helfen.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Michael Hug (LDP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Patrizia Bernasconi (BastA): Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation durch den Regierungsrat nicht zufrieden. Erstens, es ist mir schon klar, dass die PKBS eine langfristige Strategie verfolgt, doch die hohen Kaufpreise für die Genfer Liegenschaften beruhen auf spekulativen Annahmen über zukünftige Mieteinnahmen. Das ist die klassische Discounted Cashflow-Methode. Man berechnet den Wert einer Immobilie anhand erwarteter zukünftiger Erträge. Diese Methode ist alles



anders als neutral. Sie basiert auf Erwartungen und ist damit ganz einfach spekulativ. Wenn Kaufpreise nur durch künftig steigende Mieten zu rechtfertigen sind, entsteht automatisch ein Renditedruck. Dieser Druck wirkt sich direkt auf die Mieter*innen aus und genau diese sozialen Folgen werden in der Antwort kaum gewürdigt.

Zweitens wird die ständige Vermischung von Mietrecht und Wohnschutz deutlich. Das Mietrecht regelt privatrechtliche Vertragsverhältnisse, während der Wohnschutz explizit wohnpolitische Ziele verfolgt, insbesondere den Schutz von bezahlbarem Wohnraum und die Verhinderung von Verdrängung. Entscheidend ist dabei, dass Genfer LDTR erteilt Sanierungsbewilligungen grundsätzlich unter der Prämisse, dass Sanierungen mit den bestehenden Mieterinnen und Mietern erfolgen oder deren Schutz substanziell gewährleistet wird. Wenn Kündigungen im Vorfeld ausgesprochen werden, wird dieser gesetzgeberische Grundgedanken faktisch unterlaufen. Eine formaljuristische Argumentation ersetzt keine materielle Auseinandersetzung mit diesem Schutzauftrag.

Drittens, niemand stellt in Frage, dass energetische Sanierungen nötig sind oder dass denkmalgeschützte Gebäude respektiert werden müssen. Das ist richtig und wichtig, aber das darf nicht als Vorwand dienen, um die Schutzbestimmungen des LDTR zu umgehen. Nur weil man saniert, darf man nicht gleichzeitig Mieterinnen und Mieter vertreiben. Die Sanierung muss im Einklang mit dem Wohnschutz stehen.

Viertens ist die soziale Dimension der Kündigung ungenügend gewürdigt. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Kündigungen überhaupt ausgesprochen wurden, bevor ein bewilligtes und abschliessend geprüftes Sanierungskonzept vorliegt. Der Hinweis, man wolle den Mietenden frühzeitig Zeit geben, greift zu kurz und ist beinahe zynisch, insbesondere in einem extrem angespannten Wohnungsmarkt wie in Genf. Faktisch bedeutet dies für viele Betroffene eine erhebliche Verschlechterung ihrer Wohnsituation. Auch die mitgeteilte Strategieänderung seitens der PKBS ändert nichts an der Tatsache, dass den Mieterinnen und Mietern gekündigt wurde und dass die PKBS nicht bereit ist, die Kündigung zurückzuziehen.

Fünftens, andere Investoren in Genf zeigen, dass man Sanierungen auch sanft, etappiert und mit Rücksicht auf die Mieter*innen, ohne Kündigung also, durchführen kann und dabei trotzdem die verlangten energetischen Standards erfüllt. Dass die PKBS dies nicht ernsthaft geprüft hat, ist nicht nachvollziehbar.

Sechstens, die Rolle des Regierungsrats bleibt unklar und zu passiv. Er verweist auf fehlende Kompetenzen, dabei wählt er die Hälfte des Verwaltungsrats der PKBS. Er hat Einfluss und die Möglichkeit, sozialpolitische Leitplanken zu setzen, aber er tut so, als könne er nur erwarten, dass die PKBS verantwortungsvoll handelt. Das reicht nicht. Gerade bei einer öffentlich-rechtlichen Pensionskasse darf die finanzielle Strategie nicht über den Schutz von bezahlbarem Wohnraum und Mieter*innen stehen.

Schliesslich entsteht der Eindruck, dass sich die PKBS bewusst oder unbewusst in ein politisches Spannungsfeld einspannen gelassen hat und dabei Entscheidungen an Dritte delegiert hat. Da meine ich, an die Baloise und an die Genfer Liegenschaftsverwaltung Naef. Es sind Entscheidungen, die erhebliche gesellschaftliche und politische Auswirkungen haben. Mit diesen Kündigungen hat die PKBS in Genf einen schwerwiegenden politischen Präzedenzfall ausgelöst. Meiner Meinung nach sollte die PKBS die Zusammenarbeit mit Baloise und Naef dringend überdenken.

Zusammengefasst, die Kündigungen hätten gar nicht ausgesprochen werden dürfen, Sanierungen sind notwendig, aber sie müssen im Einklang mit dem LDTR und dem Schutz der Mieterinnen und Mieter durchgeführt werden, alternative Modelle wie etappierte Sanierungen oder Sanierung in bewohntem Zustand hätten ernsthaft geprüft werden müssen. Und es ist immer noch nicht zu spät, die Kündigungen können zurückgezogen werden. Ebenso muss der Regierungsrat seine Verantwortung wahrnehmen und klare sozialpolitische Leitplanken setzen.

34. Interpellation Nr. 4 Patrizia Bernasconi betreffend Massenkündigung von 107 Mietverhältnissen in Genf durch die Pensionskasse Basel-Stadt – renditegetriebene Verdrängung trotz Art. 42 LDTR, Schreiben des RR

[22.04.26 16:23:57, 26.5027.02]

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



35. Interpellation Nr. 6 Ivo Balmer betreffend Leerkündigung von über 100 Mietparteien durch die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) in der Stadt Genf, Schreiben des RR

[22.04.26 16:24:05, 26.5040.02]

Michael Hug (LDP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Ivo Balmer (SP): Ich schliesse an meine Vorrednerin Patrizia Bernasconi an. Das ist so die Doppelinterpellation hier. Also erstmals, ich danke dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung dieser ausführlichen Interpellationen. Ich danke dem Regierungsrat auch, dass er die Pensionskasse um Stellungnahme gebeten hat und die auch eingefordert hat und die uns jetzt nun schriftlich vorliegt, weil das bringt uns politisch weiter und an dem müssen und werden wir dranbleiben.

Vornweg möchte ich sagen, dass diese beiden Interpellationen zeigen, dass sich etwas bewegt. Ich meine, die Pensionskasse BS hat jetzt angekündigt, die Sanierung in Etappen umzusetzen und nicht nur zu prüfen, wie das der Regierungsrat verdankenswerterweise in der ersten medialen Veröffentlichung unserer Beantwortung gefordert hat oder nochmals zu überprüfen angeregt hat, nennen wir es so, das ist ein wichtiger Schritt. Aber ich glaube, Patrizia Bernasconi hat klar gesagt, das löst das Grundproblem nicht und deshalb müssen jetzt weitere Schritte folgen bei der PKBS im Umgang mit diesen Mietverhältnissen in der Stadt Genf. Die Kündigungen sind nicht vom Tisch und das ist das Problem für die Betroffenen von diesen Massnahmen und von dieser absurden Tabula Rasa-Strategie, die hier eine Verwaltungsinstitution vorgeschlagen hat. Also diese Kündigungen müssen vom Tisch, sonst haben wir das Problem einer Leerkündigung gar nicht bearbeitet. Also ich glaube, Etappierung ist die bauliche Voraussetzung und jetzt muss auch nachgebessert werden, dass diese Kündigungen zurückgenommen werden.

Es gibt dann den wichtigen weiteren Schritt, und das ist für mich die grundsätzliche Frage, die wir uns hier als Parlament schon auch stellen müssen und natürlich die Pensionskasse Basel-Stadt als öffentlich-rechtliche Pensionskasse sich stellen muss, und sie muss sich die Frage stellen, mit wem zur Hölle arbeitet die eigentlich in Genf zusammen. Ich meine hier, und das macht Sinn, in der Deutschschweiz ist es die Immobilien Basel-Stadt, die sicherlich, die macht auch Fehler, es ist nicht immer meine Freundin, das gebe ich offen zu, aber nichtsdestotrotz ist es eine öffentliche Verwalterin von Mietwohnungen und von Grundstücken. In der Romandie arbeitet unsere Pensionskasse nicht mit einer öffentlichen Verwaltung zusammen, sondern mit der Baloise, die jetzt Helvetia heisst, und mit Naef Immobilien. Das haben wir abgefragt. Es ist klar, diese Zusammenarbeit kann bei diesem überbeuerten Kauf einer Riesenliegenschaft zu einem exorbitanten Preis mit den entsprechenden Problemen, die es dann gibt, weil man ja dann auch das Pensionskassengeld richtig wieder verzinsen kann, eigentlich ist das Spekulation auf Rentenguthaben, ob das so eine risikoarme Investition in Genf war, das weiss ich jetzt auch nicht so genau, aber was mein Punkt ist, dieser Vorschlag, den hier Helvetia Baloise oder Naef Immobilien gemacht hat, das in einer Leerkündigung und Tabula Rasa-Strategie durchzuziehen, also ich meine, jetzt hat sich doch wirklich diese Verwaltung disqualifiziert.

Und ich möchte wirklich an den Regierungsrat appellieren, aber auch an uns alle Parlamentarier, ich glaube, Patrizia Bernasconi und ich werden sicherlich dranbleiben, die PKBS muss für die Romandie eine neue Lösung finden. Das geht nicht mehr mit Helvetia Baloise, das geht nicht mehr mit Immobilien Naef, es gibt genügend öffentliche Verwaltungen da, die gute und auch die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen kennen, sei es bei der Stadt Lausanne oder bei der Stadt Genf oder beim Kanton, da könnten Sie ja mal gerne nachfragen. Ich bin somit teilweise befriedigt und dieses Thema wird uns noch beschäftigen.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

36. Budgetpostulat 2026 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen), Stellungnahme des RR

[22.04.26 16:29:08, 25.5567.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.



RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Bereits im Frühjahr 2025 hat das Erziehungsdepartement eine Änderung der Verordnung über die auswärtigen Schulanlässe in Konsultation gegeben. Diese Änderung wird aktuell bearbeitet. Neu soll dort geregelt sein, dass den Erziehungsberechtigten bei Lagern und Exkursionen nur noch die Verpflegungskosten in Rechnung gestellt werden dürfen. Das ist aber schon heute Praxis. Erziehungsberechtigte bezahlen bei obligatorischen Lagern maximal 25 Franken pro Tag für die Verpflegung. Darin enthalten sind die täglichen Mahlzeiten sowie sonstige Verpflegungskosten. Dieser Betrag liegt im von Preisüberwacher ausgewiesenen zugelassenen Bereich. Alle Schulstandorte bekommen seit 2026 pro Kalenderjahr eine Frist, das Lager im bevorstehenden Kalenderjahr anzumelden. Die Budgets werden zentral gesprochen, unabhängig davon, wie viele weitere Lager an einem Standort geplant sind. Die Standorte erhalten dann vor Beginn des Lagers Pauschalbeiträge pro Schülerinnen und Schüler. Solange eine Klasse Anspruch gemäss den Vorgaben auf ein Lager hat und dieses innerhalb der Frist angemeldet wird, wird dieses bewilligt.

Anders als in anderen Kantonen haben finanziell schlecht gestellte Erziehungsberechtigte im Kanton Basel-Stadt Anspruch auf eine Beitragsreduktion. Diese bemisst sich am für Prämienverbilligung massgebendes Einkommen. Sobald eine Schule ein Lager angemeldet hat, überprüft die Schülerinnen- und Schüleradministration im kantonalen Datenmarkt, ob die Eltern der Klasse Anspruch auf Prämienverbilligung haben. Auf dieser Grundlage wird der Schule dann eine Liste zugestellt, auf welcher die Höhe der allfälligen Beitragsreduktionen pro Schülerin respektive Schüler ersichtlich ist. Das heisst, die Erziehungsberechtigten müssen bei einem Anspruch nicht selbst aktiv werden, sondern der Anspruch auf allfällige Beitragsreduktionen wird von den Volksschulen bereits bei der Rechnungsstellung berücksichtigt. Die Erziehungsberechtigten müssen die Beitragsreduktion nicht im Nachhinein einfordern.

Bei einer Annahme des Budgetpostulats werden die Elternbeiträge für alle Einkommensgruppen reduziert. Der aktuelle Elternbeitrag liegt schon jetzt im vom Preisüberwacher als zulässig erachteten Bereich. Ich bitte Sie daher, das Budgetpostulat Anina Ineichen nicht zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher eingetragen für die GLP hat sich Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich halte dieses Votum für meine abwesende Fraktionskollegin. Die Ausgangslage ist eigentlich klar. Gemäss Bundesgericht dürfen Eltern bei obligatorischen Lagern und Exkursionen nur an den Verpflegungskosten beteiligt werden. Gleichzeitig sind Lager und Exkursionen ein sehr wichtiger Bestandteil der Volksschule. Dort geht es nicht nur um Unterricht, sondern um Gemeinschaft, Selbstständigkeit und persönliche Erfahrungen. Kinder und Jugendliche wachsen als Gruppe zusammen, übernehmen Verantwortung für das Miteinander und erleben Schule als Lernfeld in einem anderen Rahmen. Im Leben der Schülerinnen und Schüler sind das unbestritten wertvolle Momente. Hingegen war für die GLP lange unklar, was das vorliegende Budgetpostulat genau bewirken will. Die Begründung stellt stark auf die Begrenzung der Elternbeiträge ab. Das kann man so lesen, dass hier eine Art Finanzierungslücke gegenüber den Eltern geschlossen werden soll. In der Diskussion innerhalb und ausserhalb der GLP wurde dann aber klar, es geht gar nicht primär um die Elternbeiträge, sondern um eine grundsätzliche Aufstockung des Lagerbudgets, dies, weil die Mittel für Lager und Exkursionen insgesamt nicht mehr ausreichen.

Die Situation hat sich seit Anfang 2026 verschärft. Das Lagerbudget wird neu teilautonom geführt, direkt über die einzelnen Schulstandorte und nicht mehr zentral, was bisher eine gewisse Flexibilität und Querfinanzierung ermöglicht hat. Wegen der Kostensteigerung der letzten Jahre lassen sich Unterkunft, Verpflegung, Reise und Betreuung in der Praxis kaum kostendeckend finanzieren und in der Konsequenz geraten Lager unter Druck oder finden gar nicht mehr statt. Und genau hier liegt für die GLP der Knackpunkt. Das Postulat ist missverständlich formuliert, man kann es unterschiedlich lesen. Für die GLP ist aber klar, wir wollen keine Anpassung der Elternbeiträge mit der Folge, eine Finanzierungslücke schliessen zu müssen. Ein Teil der GLP sagt deshalb, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen für Lager an den einzelnen Schulen zu sichern, ist eine Budgeterhöhung absolut nachvollziehbar. Ein anderer Teil meint, gerade bei einem solchen Anliegen müsste klarer formuliert sein, was genau erreicht werden soll.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Fraktion der Grünliberalen heute offen gegenüber dem Budgetpostulat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb eingetragen hat sich Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ja, ich muss mich da, glaube ich, erklären. Es ist ein Thema, das mich immer wieder beschäftigt, weil ich als Mutter doch immer wieder in die Situation komme, dass ich eben mehr zahlen muss als der eigentliche Elternbeitrag. Schulen führen dann sogenannte, muss man fast sagen, schwarze Kassen, weil sie bei den Eltern



Geld verlangen für Bastelmaterial, für Ausflüge, etc. Das wird natürlich nicht im Rahmen des Lagers oder des Ausflugs verlangt, sondern im Rahmen eines Elternabends. Das ist je nach Schule unterschiedlich, aber es sind locker mal 50 bis 100 Franken und ich habe mich dann ein bisschen fest auf diesen Punkt konzentriert, weil wir hier als Eltern halt tatsächlich diese Lücke ausfüllen müssen.

Nun gut, es geht mir tatsächlich um diese 300'000 Franken, die ja auch im Kopf des Budgetpostulats klar ersichtlich sind. Es geht um eine Erhöhung des Lagerbudgets, weil das Leben immer teurer wird. Das ist nicht ein Gefühl, sondern das beweisen zahlreiche Studien, ergo darf man daraus schliessen, dass auch die Lagerhäuser teurer werden, dass das Essen teurer wird für die Kinder und das Reisen, etc. Lager sind wertvoll, auch das ist nicht nur ein Gefühl, sondern das wird auch durch diverse Studien bestärkt.

Das Geld für das Lager muss von uns kommen. Regierungsrat Mustafa Atici hat es schon bereits ausgeführt, die Schulen haben ein bestimmtes Budget, welches sie für Lager benutzen können und dies ist nicht mehr sehr flexibel, wie das in der Vergangenheit war. Eltern bezahlen einen Beitrag, diese sind ausgeschöpft und können nicht wesentlich erhöht werden, ohne dass der Preisüberwacher anklöpfen würde. Also diese Türen sind verschlossen. Es bleibt nur eine Budgeterhöhung, wenn wir sicherstellen wollen, dass erneut wieder Lager stattfinden können und Schulen frei sind von finanziellen Problemen. Es gibt ja noch eine ganz kleine Türe und das ist der sogenannte Kuchenverkauf, aber darauf würde ich wirklich nicht abstimmen. Ich glaube nicht, dass wir 300'000 Franken, das ist das, was das ED damals eigentlich verlangt hatte angeblich, dass wir das mit Kuchenverkauf lösen können.

Ich bitte Sie darum, diese Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Wir behandeln hier eine ganze Reihe von Budgetpostulaten, die zusätzliche Ausgaben für verschiedene Departemente fordern. Die Haltung der LDP-Fraktion ist hierbei klar und konsequent. Wir lehnen sämtliche heute traktandierten Budgetpostulate ab, so wie wir dies bereits in der ersten Lesung getan haben. Der Zeitpunkt ist falsch gewählt. Der richtige Zeitpunkt für solche Begehren ist nicht heute, sondern die Budgetdebatte 2026, die wir in wenigen Monaten führen werden. Nur im Rahmen der Gesamtschau über alle Departemente hinweg lässt sich seriös beurteilen, welche zusätzlichen Ausgaben im Vergleich zu anderen Prioritäten tragbar und notwendig sind. Budgetpolitik erfordert Disziplin und einen Blick auf das Ganze statt einer Salamatik über Postulate. Wir werden also der Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern gerecht und führen diese Debatte dann, wenn die Gesamtzahlen für die kommenden Jahre auf dem Tisch liegen. Aus diesem Grund bittet Sie die LDP-Fraktion, sämtliche vorliegende Budgetpostulate, die kommen, abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich mache es ganz kurz, ich schliesse mich meinen Vorvoten an.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ganz kurz, die Regierung lehnt ja alle Budgetpostulate aus finanztechnischen Gründen ab, aber hier möchte ich noch etwas erwähnen. Das Ziel der Schulen ist ja nicht, schwarze Kassen zu führen, es geht darum, je nach Projekt einem Kind etwas zu ermöglichen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung, NEIN heisst Erfüllung.



Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008711, 22.04.26 16:40:42]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Anina Ineichen werden im Budget 2026 des Erziehungsdepartements zusätzlich Fr. 300'000 eingestellt.

(Position Erziehungsdepartement, 230 Volksschulen, 31 Sach- und Betriebsaufwand)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 33 Ja-Stimmen gegen 57 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung den Antrag entgegengenommen, das heisst, Sie haben damit das Budget nachträglich verändert. Entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

37. Budgetpostulat 2026 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „oink oink Production“), Stellungnahme des RR

[22.04.26 16:41:00, 25.5568.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit dem Budgetpostulat wird beantragt, die Finanzhilfen für das offene Spielangebot auf dem Landhof an den Jugendförderverein oink oink Productions für die Jahre 2026 und 2027 um je 13'000 Franken zu erhöhen. Der Kanton gewährt dem Jugendförderverein Finanzhilfen für das wichtige Freizeitangebot auf dem Landhof. Der Betrag wurde mit der Finanzierungsperiode 2024 bis 2027 bereits deutlich erhöht, von 45'000 Franken auf 65'000 Franken pro Jahr. Es handelt sich dabei um eine Erhöhung um 44%. Eine weitere Erhöhung lehnt der Regierungsrat aus finanzpolitischen Gründen ab. Der Kanton kompensiert drohende oder tatsächlich wegfallende Stiftungsgelder allgemein nicht durch eine Erhöhung der Staatsbeiträge. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, dieses Budgetpostulat nicht zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb eingetragen hat sich Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Ich möchte sehr gerne an diesem Budgetpostulat festhalten und Sie bitten, das auch ein zweites Mal zur Erfüllung zu überweisen. In der Antwort des Regierungsrats kam eigentlich nichts Neues mehr hervor und die Antwort ist auch relativ kurz gehalten. Da möchte ich mich gleich verhalten und es möglichst kurz machen. Wir haben ja letztes Mal schon ausführlich darüber gesprochen, ich konnte meine Argumente schon damals anbringen. Was sich jetzt noch geändert hat gegenüber der Situation der letzten Behandlung, ist, dass beschlossen wurde, dass die Verhandlungen zu den Staatsbeiträgen ein Jahr nach hinten verschoben wurden. Das heisst, es wird eine längere Phase der Unsicherheit für diesen Verein geschaffen, wo er nicht weiss, wie viele Mittel er dann in Zukunft vom Staatsbeitrag her erwarten kann. Das wird ja da erwähnt in der Beantwortung des Regierungsrats. Von dem her, für mich hat sich nichts geändert, wir haben es ein erstes Mal überwiesen und ich danke Ihnen, wenn Sie das auch ein zweites Mal unterstützen und ich hoffe, dass es überwiesen wird und wir dann für den Verein eine bessere und gute finanzielle Situation schaffen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Ablehnung, NEIN heisst Erfüllung.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 50 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008714, 22.04.26 16:44:43]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Harald Friedl werden im Budget 2026 des Erziehungsdepartements zusätzlich Fr. 13'000 eingestellt.

(Position Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 36 Transferaufwand)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 40 Ja-Stimmen gegen 50 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen das Budgetpostulat erfüllt. Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert, entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

38. Budgetpostulat 2026 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark), Stellungnahme des RR

[22.04.26 16:44:58, 25.5570.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit dem Budgetpostulat wird beantragt, einmalig 150'000 Franken für den Neubau einer Spielbaracke im Giesslipark ins Budget 2026 des Erziehungsdepartements einzustellen. Der Verein Robi-Spiel-Aktionen bietet im Giesslipark im Klybeck Spielanimationen im öffentlichen Raum. Dafür nutzt er eine Holzbaracke. Diese soll durch einen Neubau ersetzt werden. Mit dem Budgetpostulat soll dieser Neubau finanziell unterstützt werden. Der Kanton unterstützt die Arbeit des Vereins Robi-Spiel-Aktionen mit einer jährlichen Finanzhilfe von 2'230'000 Franken. Die Baracke ist im Besitz und im exklusiven Nutzungsrecht des Vereins. Der Regierungsrat ist deshalb der Meinung, dass der Neubau der Baracke nicht über Staatsbeiträge, sondern über Drittmittel finanziert werden sollte. Aus diesem Grund beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, dieses Budgetpostulat nicht zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als erste Fraktionssprecherin eingetragen hat sich Franziska Stier für die BastA.

Franziska Stier (BastA): In Vertretung werde ich heute das Budgetpostulat von Heidi Mück verteidigen. Der Regierungsrat möchte das Budgetpostulat für die Erneuerung der Spielbaracke im Giesslipark nicht erfüllen. So weit, so klar. Er stellt sich gegen nahezu jedes Budgetpostulat. Gleichzeitig bestreitet er nicht, dass sich die Baracke in einem schlechten Zustand befindet. Diesen schlechten Zustand will er aber nicht über Staatsbeiträge, wie wir gehört haben, sondern über Drittmittel wie Stiftungsgelder finanzieren. Aber ist es nicht vor allem die Aufgabe unseres Kantons, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder lustvolle, kreative und vor allem sichere Orte zum Spielen haben? Ganz besonders in Kleinbasel. Und ja, vielleicht hätte der Verein selbst einen Antrag beim ED einreichen können, doch, und das ist auch Teil der Geschichte, ist man schlicht nicht davon ausgegangen, dass ein solcher Antrag Zuspruch gefunden hätte. Auch wenn diese Einschätzung rückblickend



vielleicht nicht ganz richtig war, sollte das nicht dazu führen, dass sich der Kanton aus der Mitfinanzierung verabschiedet. Gelder für eine Holzbaracke, für ein Spielangebot im Klybeck-Kleinhüningen sind nicht leicht zu finden und die Gesamtsumme von 200'000 Franken wird kaum über Drittmittel finanzierbar sein. Deshalb bitte ich Sie, nicht nur im Namen der Robi-Spiel-Aktionen, sondern vor allem im Namen der Kinder und der aktiven Elterngruppen im Kleinbasel, das Budgetpostulat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Claudia Baumgartner für die GLP.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich darf hier gerne das Votum meiner Fraktionskollegin Sandra Bothe-Wenk vortragen. Der kritische Zustand der bestehenden Spielbaracke im Giesslipark aus dem Jahr 1982 zeigt klar, ein Ersatz ist notwendig. Die Stadtgärtnerei Basel und die Allmendverwaltung würden deshalb einen Ersatzneubau begrüssen. Dies geht aus ihrem Schreiben an die Robi-Spiel-Aktionen hervor.

Worum geht es konkret? Wir sprechen von einem etablierten Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit, das im Quartier stark verankert ist, gut funktioniert, von verschiedenen Anspruchsgruppen genutzt wird und zur Aufwertung des Giesslipark und des Quartiers beiträgt. Für die GLP ist deshalb klar, die Spielbaracke liegt im öffentlichen Interesse als niederschwelliger Ort für Freizeit- und Bildungsangebote und als wertvoller Beitrag für das Zusammenleben im Quartier.

In unserer Fraktion haben wir dabei zwei Punkte intensiv diskutiert. Ein erster Punkt dreht sich um die Frage, ob hier der richtige Prozess gewählt bzw. weshalb kein Investitionsantrag beim ED eingereicht wurde. Wir haben bei den Robi-Spiel-Aktionen nachgefragt. Der Verein stand im laufenden Austausch mit der Stadtgärtnerei und der Allmendverwaltung. Er ist davon ausgegangen, sich im richtigen Prozedere zu bewegen. Es ging also nicht um ein bewusstes Umgehen des ordentlichen Wegs.

Ein zweiter Punkt betrifft den Bericht des Regierungsrats. Sowohl der Neubau als auch die bestehende Baracke sind im Besitz und im exklusiven Nutzungsrecht des Vereins. Vor diesem Hintergrund kommt er zum Schluss, dass der Neubau nicht über Staatsbeiträge, sondern ganz über Drittmittel finanziert werden sollte. Gleichzeitig wissen wir aber auch, für solche Konstellationen gibt es Lösungen. Über Vereinbarungen lassen sich Finanzierungsfragen so regeln, dass auch staatliche Beiträge möglich sind, zum Beispiel mit der Option, dass die Spielbaracke bei Wegfall des Vereinszwecks an den Kanton übergeht.

Und genau hier wird es politisch. Lehnen wir dieses Budgetpostulat ab, besteht die Gefahr, dass dies als fehlende politische Unterstützung verstanden wird mit entsprechenden Konsequenzen für das Projekt und dies, obwohl das Vorhaben fachlich abgestützt ist und Bedarf sowie Bedürfnis klar belegt sind. Diese Abwägung hat auch die GLP-Fraktion beschäftigt. Innerhalb der Fraktion werden diese Punkte unterschiedlich gewichtet. Ein Teil setzt auf einen pragmatischen Weg zur Umsetzung, ein anderer betont den ordentlichen Prozess über einen Investitionsantrag beim ED und gewichtet die Frage des politischen Signals weniger hoch.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Fraktion der Grünliberalen heute offen gegenüber diesem Budgetpostulat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Die SVP lehnt dieses Budgetpostulat nach wie vor ab. Wir sind sehr froh, dass die Regierung das ähnlich begründet hat, wie ich es schon in meinem ersten Votum bei der Erstberatung gesagt hatte. Man kann das hier mit Drittmitteln bestreiten, diesen Ersatzneubau, man kann Stiftungsgelder beantragen, man kann auch vorausschauend planen. Klar, der Bedarf ist gegeben hier, aber trotzdem ist es nicht so, dass man hier jetzt nicht auch planen und diese Mittel einholen kann, bevor man hier losbaut. Es ist also hier nicht derart dringend. Und ich denke, man muss hier nicht immer Staatsgelder einfordern, sondern man kann hier diesen Effort auch leisten. Man kann hier nicht einfach eine Baracke nützen, bis sie auseinanderfällt und nachher sagen, so und jetzt machen wir die hohle Hand und der Staat soll dafür aufkommen, dass es hier jetzt schnell und sofort neu gebaut wird. Deshalb lehnen wir als SVP-Fraktion dieses Budgetpostulat nach wie vor ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Ich glaube, meine Vorrednerinnen Franziska Stier und Claudia Baumgartner haben die inhaltlichen Punkte sehr gut ausgeführt. Ich glaube, was ich hier nochmals einfach betonen möchte, ist, das Argument, hier werde irgendwie ein



privater Bau mit öffentlichen Geldern, wo der Prozess nicht eingehalten wird, gefördert, das greift einfach definitiv zu kurz. Ich meine, Robi-Spiel-Aktionen, und das bestätigen alle, gerade auch aus der Verwaltung und so oder so, wenn Sie in dieses Quartier gehen und mit den Menschen vor Ort sprechen, den Kindern, den Jugendlichen und auch quasi die Spielgruppe der Erwachsenen, also die, die diese Spielgruppe organisieren, die sind zufrieden. Es geht hier um Aneignung von einem öffentlichen Raum und dafür wurde diese Baracke zur Verfügung gestellt und ich meine, dass dieser Prozess in der ordentlichen Leistungsperiode jetzt durch Robi-Spiel-Aktionen nicht abgebildet werden konnte, hängt auch damit zusammen, dass ganz lange gar nicht klar war, wem gehört eigentlich diese Baracke. Und eigentlich können wir superfroh sein, alle hier drin, gerade auch aus liberaler Perspektive, dass dieser Verein jetzt diese Verantwortung da übernimmt und er hat ein gutes Konzept, ein einfaches Konzept und hier werden nicht Riesengelder irgendwie verlangt, sondern es ist ein supereffizientes Reuse-Projekt, das auch nachhaltig ist und es ist dann auch finanziell tragbar und deshalb hoffe ich sehr, dass wir an diesem Budgetpostulat festhalten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung, NEIN heisst Erfüllung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 52 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008717, 22.04.26 16:55:05]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Heidi Mück werden im Budget 2026 des Erziehungsdepartements zusätzlich Fr. 150'000 eingestellt.

(Position Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 36 Transferaufwand)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie wollen mit 37 Ja-Stimmen gegen 52 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen das Budgetpostulat erfüllen. Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert, entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

39. Budgetpostulat 2026 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen), Stellungnahme des RR

[22.04.26 16:55:22, 25.5569.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Das vorliegende Budgetpostulat soll die Frühlüftung in Schulen an Hitzetagen ermöglichen. Der Regierungsrat weiss um die grosse Bedeutung des Hitzeschutzes an Schulen. Der dringende Handlungsbedarf ist ebenfalls nicht bestritten. Das gewählte Mittel, die Frühlüftung während Hitzeperioden, erscheint dem Regierungsrat jedoch



als wenig geeignet. Hitzeperioden zeichnen sich durch Tropennächte aus. Die Zimmertemperatur und die Aussentemperatur sind fast gleich. Die Frühlüftung senkt daher die Zimmertemperatur nur sehr wenig. Es wird damit höchstens eine kurzfristige leichte Abkühlung der Raumluft erreicht, nicht aber die nötige Bauteilaukühlung für einen länger anhaltenden Effekt. Der Effekt hält im Klassenzimmer nur sehr kurz, auch weil viele Personen gleichzeitig im Zimmer sind. Für die individuelle Wahrnehmung der Temperatur hilft die Frühlüftung vermutlich. Die Kosten und der Aufwand, der die Frühlüftung verursachen, beurteilt der Regierungsrat im Verhältnis dennoch als zu hoch. Es werden auf den Sommer im Rahmen der Bearbeitung des Anzugs Sandra Bothe Pilotprojekte mit Deckenventilatoren, Aussenraumkühlung und manuelle Nachtauskühlung gestartet. Der Regierungsrat ist bestrebt, die Situation an den Schulen so schnell wie möglich nachhaltig zu verbessern. Darauf möchten wir die Ressourcen fokussieren und beantragen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als erste Fraktionssprecherin für die GLP eingetragen hat sich Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Auch hier spreche ich gerne nochmals für Sandra Bothe-Wenk. Die Hitze in unseren Schulhäusern ist real. Sie belastet Schülerinnen und Lehrpersonen gleichermaßen, das ist unbestritten. Und ja, Frühlüften ersetzt keine Nachtauskühlung. Gerade bei Tropennächten stösst es an Grenzen. Diese Einschätzung der Regierung ist nachvollziehbar. Und trotzdem bleibt die Massnahme bei uns aktuell, denn es macht Sinn, das Frühlüften nicht isoliert zu betrachten, sondern als Teil eines Gesamtpakets im Kontext des im Mai 2025 überwiesenen entsprechenden Anzugs.

Zu den Sofortmassnahmen. Die Regierung hält selber fest, Frühlüften kann die Raumtemperatur am Morgen senken, und genau diese Stunden zählen, und in Kombination mit einfachen Massnahmen wie Ventilatoren lässt sich diese Wirkung sogar noch verstärken. In Schulzimmern, die schon am Morgen überhitzt sind, leidet die Konzentration und die Leistungsfähigkeit sinkt. Gerade etwa in Prüfungssituationen ist dies belastend. Wir sprechen hier nicht über Komfort, wir sprechen über Lärmbedingungen und Gesundheitsschutz.

Der Regierungsrat verweist auf betriebliche Massnahmen, nennt aber keine konkrete Alternative, die bereits auf den kommenden Sommer hin eine vergleichbare Wirkung hätte. Und genau hier stehen wir doch vor einer einfachen Entscheidung. Wollen wir eine begrenzte, aber konkrete Entlastung bereits diesen Sommer ermöglichen oder entscheiden wir uns bewusst dafür, kurzfristig wieder nichts zu tun?

Der Regierungsrat weist darauf hin, dass die Umsetzung nicht überall einfach sein wird, organisatorisch wie personell. Und ja, das stimmt, aber genau deshalb wählen wir doch das Instrument des Budgetpostulats. Wir schaffen einen finanziellen Rahmen, ohne dass alles sofort und überall umgesetzt werden muss. Wir setzen uns fürs Handeln dort ein, wo es möglich ist, denn jeder Schulstandort ist anders und genau deshalb braucht es auch spezifische Lösungen.

Der Regierungsrat meint auch, der Aufwand sei hoch. Für die GLP ist dies jedoch kein valables Gegenargument, im Gegenteil, denn dieser Aufwand wird so oder so entstehen, unabhängig davon, welche mittel- und langfristige Lösung wir später umsetzen. Die Frage ist also nicht ob, sondern wann. Wenn wir jetzt handeln, entlasten wir die Schulen kurzfristig und sammeln gleichzeitig wichtige Erfahrungen. Was funktioniert unter welchen Bedingungen? Mit Blick auf spätere Lösungen wie automatische Nachtauskühlungssysteme sind genau diese Erfahrungen wichtige Bausteine für eine langfristige Strategie.

Für die GLP ist auch klar, dies ist keine endgültige Lösung, aber das ist auch nicht der Anspruch. Es ist eine Übergangsmassnahme, eine pragmatische, umsetzbare Entlastung für den kommenden Sommer. Wenn wir diese ablehnen, dann entscheiden wir uns faktisch dafür, kurzfristig nichts zu tun, obwohl keine bessere Alternative auf dem Tisch liegt. Und wir senden damit auch ein Signal an die Schulen, dass selbst dort nicht gehandelt wird, wo eine konkrete Verbesserung möglich wäre. Wir Grünliberalen sind deshalb klar der Meinung, das können wir uns gegenüber den Schüler*innen und dem Schulpersonal kein weiteres Jahr leisten, wenn wir die vielen Stimmen aus der Bevölkerung ernst nehmen wollen, aber auch die Rückmeldungen von Kindern, Jugendlichen, Eltern, Fach- und Lehrpersonen oder auch von Kinderärzt*innen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der GLP-Fraktion, dieses Budgetpostulat ein zweites Mal zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Das Wohlbefinden der Kinder und Schülerinnen und Schüler sollen in unseren Überlegungen und Entscheidungsfindungen stets Vorrang haben. Deshalb ist es mir etwas schwer gefallen, dieses Votum zu formulieren. Dieses Budgetpostulat fordert Massnahmen, dass es in unseren Schulgebäuden für das Lernen und Lehren nicht zu heiss wird. Der Gedanke ist gut, die Lösung dafür im Budgetpostulat sehr naiv.



Eine Auskühlung wird angestrebt, die von externen Stellen ausgeführt wird. Wenn also tatsächlich eine Firma gefunden werden sollte, die die Fenster in Schulhäusern der Stadt um 4 Uhr morgens öffnet, ist ja dann nicht der Auftrag erledigt. Nein, die Gebäude brauchen ab dann einen Sicherheitsdienst, weil ja zwischen 4 Uhr morgens und 7.30 Uhr, bis die ersten Lehrpersonen ankommen, eventuell eingebrochen werden könnte. Sollte kein Einbruchrisiko bestehen, könnten auch gleich über Nacht die Fenster geöffnet bleiben, wenigstens in den oberen Etagen.

Im Budgetpostulat geht man von 40 Kindergärten und 50 Schularealen aus. Basel-Stadt hat 250 Schulstandorte, was ist mit den anderen 160? Wie kann eine Sofortmassnahme funktionieren, wenn zuerst, wie beschrieben, Lüftungskonzepte erstellt, Hauswartdienste und Sicherheitsfirmen gefunden werden müssen, aber nur für heisse Tage, nicht regelmässig also, weil das Wetter schliesslich veränderlich ist, und dies für mindestens 40 Areale ab 4 Uhr morgens? Stellen Sie sich vor, was hier für eine Armada von Hauswartdiensten ausrücken muss, weil die Lüftung schliesslich innerhalb kürzester Zeit geschehen soll, weil es sonst ab 6 Uhr auch nichts mehr nützt und hoffentlich sind alle per Velo unterwegs, weil wir ja nicht mit dem Auto quer durch die Stadt fahren sollten. Ich kann auch noch ins Feld führen, dass wir mit der Sommerzeit am Morgen Temperaturen haben, die eine Stunde früher und deshalb kühler sind.

An Frau Mazzotti gerichtet muss ich Ihnen sagen, wenn Sie in Ihrem Januarvotum behaupten, dass die Lehrpersonen ihren Auftrag nicht erfüllen können, weil es ihnen zu heiss ist, dann stellen Sie sich mal vor, wie es im Sommer den Arbeitern an der prallen Sonne geht. Ich denke nicht, dass diese dann einfach ihren Auftraggebern und Kunden sagen können, sie sind nicht fähig, ihre Arbeit korrekt auszuführen.

Sie sehen, dieses Budgetpostulat ist schlichtweg nicht zu erfüllen. Wer immer sich dies mit Frau Bothe ausgedacht hat, blendete alle logischen Konsequenzen aus. Da das Postulat nicht erfüllbar ist, lehnen wir dies ab, aber nicht, weil uns die Gesundheit der Kinder egal ist. Wäre eine interne Lösung an den Schulen gefordert worden, die natürlich finanziell entschädigt worden wäre, hätten wir dem zustimmen können. So aber erkennen die Schulen das Problem oder die Lehrpersonen wollen einen kühlen Arbeitsplatz, aber dafür einen zusätzlichen Aufwand zu leisten, wollen sie auch nicht. Somit zweifle ich sehr, ob ihnen tatsächlich die Gesundheit der Kinder, wie Sie behaupten, mehr am Herzen liegt als mir.

Und zu guter Letzt einen Gedankenanstoss an die bedauernswerte Regierung, die ja gemäss «Chrüzlistich» dieses Postulat zur Erfüllung überwiesen bekommt. Prüfen Sie doch auch bitte, ob für diese Aufgaben die Zivildienstler eingesetzt werden können oder sie als Studentenjobs anzubieten. Alles andere wird wahrscheinlich nicht machbar sein.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Andrea Strahm. Diese wird angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Vielleicht ist Ihnen das ja nicht bekannt, aber die Lehrpersonen gehen jetzt schon freiwillig um 5.30/6 Uhr in die Schulen und lüften selbst und wir haben gleichzeitig Massnahmen zu ergreifen zum Schutz der Gesundheit der Lehrpersonen, die überlastet sind.

Jenny Schweizer (SVP): Nein, mir ist nicht bekannt, dass die Lehrpersonen unterdessen die Fenster öffnen, aber umso besser, wenn sie dies tun.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Ich verstehe die Kritik von Jenny Schweizer und auch von der Regierung und darum möchte ich folgendes vorausschicken. Das Budgetpostulat ist notwendig, weil einfach lange nichts passiert ist. Also es ist ja nicht erst seit letztem Jahr, wo wir heisse Sommer haben. Sehr bedauernswert ist es eigentlich, dass es überhaupt Vorstösse braucht, damit etwas in den Gang kommt.

Die Motion Bothe zur Hitzebelastung haben wir zur Erfüllung überwiesen. Sie muss im Oktober 2029 erfüllt werden. Das würde bedeuten, dass die IBS, die ja eigentlich für Schulhäuser zuständig ist, dies im Sommer 2030, kommt das dann erst zur Umsetzung. Das ist etwas schwarz gemalt von mir, ich weiss. Ich gehe davon aus, dass das ED, denen sowohl die gerade erwähnte Motion wie auch der Anzug zum selben Thema überwiesen wurde, auf Hochtouren arbeitet und hoffentlich früher mit einer nachhaltigen Lösung kommen wird. Herr Atici hat da schon etwas erwähnt.

Zum Vorschlag des frühen Lüftens für die kommende Zeit. Ja, es stimmt, Frühlüften ersetzt keine Nachtauskühlung und hat insbesondere bei Tropennächten ihre Grenzen. Diese sachliche Einschätzung der Regierung kann ich absolut nachvollziehen. Entscheidend ist aber, welchen konkreten Beitrag diese Lüftung dennoch leisten kann. Der FHNW-Bericht weist nach, dass sich die Bausubstanz durch eine Stunde Frühlüften nicht nachhaltig herunterkühlen lässt, also wenn wir



Lehrpersonen um halb sieben schon da wären. Darum würden die vorgeschlagenen drei Stunden immerhin an den Vormittagen Erleichterung bringen und ein effizienteres Lernen ermöglichen. Eine Ablehnung des Frühlüftens hat zur Folge, dass die Schulzimmer während der Hitzeperiode weiterhin um 8 Uhr schon sehr heiss sind und nicht erst ab 11 Uhr.

Der Sommer steht fast vor der Tür und weit und breit gibt es noch keine wirksame Alternative, die mir bekannt ist. Es geht um den Gesundheitsschutz von Schülerinnen und Schülern und des Schulpersonals. Eine Ablehnung des Frühlüftens würde signalisieren, dass der Arbeitgeber Basel-Stadt den Schutz von Schulkinder und Personal sowie die Qualität der Bildung in den Sommermonaten nicht für dringlich hält.

Und jetzt habe ich hier viel reingekritzelt, der zusätzliche Aufwand der Lehrpersonen. Dieses Argument hatte ich lustigerweise schon mal gehört. Ja, wir könnten um 4 Uhr morgens doch schon in die Schule gehen, um dann diese drei, vier Stunden zu lüften. Im Gegensatz zu anderen Leuten, die vielleicht in der Verwaltung arbeiten, die dann auch gerade mit ihrer Arbeit beginnen können und vielleicht um 11 Uhr schon nach Hause gehen können, können wir Lehrpersonen das nicht, wir müssen bis 8 Uhr warten, bis die Schülerinnen und Schüler da sind. Die Lehrpersonen können übrigens in der Hitze ihren Auftrag erfüllen als Lehrperson, aber für die Schülerinnen und Schüler, die zum Teil sehr klein sind und für die es gesundheitliche Folgen gibt, für die ist es nicht sehr gut möglich.

Ich habe noch eine Notiz, die Massnahmen, der Regierungsrat hat es erwähnt, sie seien schon so weit. Das dürfen Sie gerne machen, denn wissen Sie, dieses Geld müssen wir dann nicht ausgeben, falls die Regierung jetzt doch mit was Tollem kommt diesen Sommer. Ja, es heisst nirgends, es muss alles bis auf den Rappen ausgegeben werden. Ansonsten könnte ich empfehlen, die Erfahrung zu machen und für die künftigen Massnahmen zu nutzen.

Ich habe es oben erwähnt, für mich ist nicht klar, warum diese Vorstösse und das Budgetpostulat an den Besteller, also an das ED gehen und nicht an die, die für die Gebäude eigentlich zuständig sind, nämlich die IBS. Vielleicht kann man das in Zukunft etwas genauer definieren oder mir fundiert erläutern, warum das so sein muss, wie es jetzt ist.

Auf jeden Fall bedanke ich mich für die Überweisung des Budgetpostulates, dass wir diesen Sommer ab und zu unter etwas anderen Bedingungen unterrichten können und vor allem, dass die Schülerinnen und Schüler unter anderen Bedingungen lernen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Jetzt schon kann ich allen versprechen, dass der nächste Sommer und die nächsten Hitzetage sicher kommen. Wir werden sicher wieder Tage erleben, wo wir über 30 Grad und vielleicht sogar gegen 40 Grad in den Schulzimmern haben und da überrascht es dann schon sehr, wenn es schon fast ein mutiges Handeln der Regierung ist, wenn sie sagt, ja, wir machen halt jetzt erstmal nichts und wir warten mal ab. Ich weiss noch nicht, wie Sie das dann wirklich der Bevölkerung dann verklickern wollen, umso mehr, da wir in Zwischenzeit doch immerhin eine Motion hier hatten, die durchgegangen ist. Wir haben einen Anzug, also eine Motion für Langzeitmassnahmen, da kann ich noch verstehen, dass Sie sagen, ja, wir werden Konzepte machen, wir werden etwas auf den Weg bringen, aber wir haben ganz klar auch von Sandra Bothe einen Anzug stehen, der Sofortmassnahmen verlangt und Sofortmassnahmen heisst wirklich sofort und nicht noch einen Sommer warten und deshalb ist diese Haltung nur schwer verständlich.

Bei der Lüftung ist es ja so, dass es vor allem eigentlich darum geht, das weiss ich auch als Hausbesitzer, dass man die Hitze erstmal aus dem Haus herausbringt und da geht es schon darum, dass man das schon schaffen kann in drei Stunden, dass die Wärme aus dem Haus kommt und man so auch zumindest wieder auf eine kühle Temperatur kommt, die eben dann gleich der ist, die man am Morgen eben hat. Das ist eigentlich der Grund der Lüftung und nicht das Herunterkühlen im Sinne einer künstlichen Kühlung.

Und was ich auch noch gehört habe, wir sprechen natürlich bei weitem nicht von allen Schulhäusern, sondern es gibt Schulhäuser, die sind bestens schon heute klimatisiert. Also es geht wirklich um diese Schulhäuser und diese Kindergärten, die eben eine schlechte Klimatisierung haben, und da ist es wirklich, muss man sagen, jetzt erst einmal eine Notlösung, dieses Lüften. Aber es ist eine Lösung, wenn auch nicht super und nicht das Beste, was man machen kann, aber im Moment sicher sehr vorteilhaft.

Wir müssen sehen, dass diese Vertröstung auf später, das kann nicht mehr der Wahrheit letzter Schluss sein und deshalb sind wir sehr dafür, dieses Budgetpostulat ein zweites Mal zu überweisen. Und wie wir schon vorher gehört haben, es geht nicht darum, das Geld alles auszugeben, sondern es geht darum, einfach mal wirklich auch der Bevölkerung zu zeigen und den Schülerinnen und den Lehrer*innen auch zu zeigen, dass man sehr wohl willens ist, wenigstens etwas zu versuchen, eine gewisse Verbesserung an gewissen Orten zu erreichen. Besten Dank für die Überweisung des Budgetpostulats.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte-EVP ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Auch die Fraktion Mitte-EVP bittet Sie um Überweisung. Es geht, es wurde jetzt schon gesagt, ja nicht darum, dass das, wie das vielleicht bei anderen Budgetpostulaten ist, mit der Überweisung dann das Geld automatisch vollumfänglich ausgegeben ist. Es freut uns auch als Mitte-EVP zum Beispiel, dass jetzt doch schon im Votum von Herrn Atici etwas konkreter wurde, was denn jetzt schon in Umsetzung ist als Pilotprojekt, und wie vorhin jemand schon gesagt hat, wenn natürlich dann zum Beispiel an einer Schule der Ventilator getestet wird, dann kann man ja dort dann darauf verzichten zu prüfen, ob es dann auch noch ein Frühlüften geben soll. Es geht darum zu schauen, dass dort, wo es sinnvollerweise möglich ist, so etwas einzurichten, dass dafür Geld vorhanden ist. Und auch wenn es zugegeben sicher nicht den ganzen Tag die Situation löst, dann müssen ja nicht die Kinder auch noch die ersten zwei, drei Lektionen aus Prinzip schwitzen, nur weil es nicht für den ganzen Tag hält. Dann kann man doch wenigstens für diese Morgenstunden eine Situation schaffen, die das Arbeiten etwas verbessert und damit auch effektiver macht, was im Unterricht geschieht.

Wir bitten Sie darum, die Möglichkeit dort, wo das sinnvoll ist, zu geben, indem man dafür Geld bereitstellt, dass wenigstens teilweise an heissen Tagen die Situation verbessert wird. Und so nebenbei, das ist vielleicht nur mein subjektives Empfinden, aber ich habe den Eindruck, die heissesten Tage im Jahr sind immer zielgenau vor und nach den Sommerferien und leider nicht während der Sommerferien, wo es alle lieber hätten, aber so ist es nun mal, dass es oft schon im Juni gewisse sehr heisse Tage gibt und dann nach dem August auch wieder und dort eine Erleichterung zu verschaffen, das wäre doch auch kurzfristig wichtig.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher eingetreten hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe hier ein bisschen zugehört, aber ich meine, man muss einfach lüften und das ist die Lösung, lüften, Durchzug, viel Wasser trinken, aber wenn wir hier über Hitzestau und so reden, wenn ich es richtig verstanden habe, muss ich schon sagen, das ist übertrieben. Ich sehe da überhaupt gar keine Gefahr und ich bitte Sie wirklich einmal, ein bisschen realistisch zu bleiben. Ich bin kein Arzt, aber ich lese die ganzen Arztberichte. Junge Menschen vertragen die Hitze. Risikopatienten, um in Corona-Worte zu bleiben, sind eher die älteren Leute, solche, die Diabetes haben, solche, die ein bisschen viele Kilos haben, das sind Risikopatienten, die auch mehr schwitzen. Aber junge Leute, denken Sie mal, wo sie gewesen sind, 10, 11, 12, 13, 14 Jahre. Ich bin normal ins Hirzbrunnen-Schulhaus gegangen, ich habe da nie übermässig heiss gehabt und ich möchte dem nicht zustimmen und nicht überweisen und ich möchte Sie einfach bitten, mal den Ball ein bisschen flachzuhalten.

Wir haben hier ein mitteleuropäisches Klima. Wir sind nicht in Italien oder Griechenland. Wenn Sie Basel mit ihrem Ferienaufenthalt in Italien und Griechenland, Türkei verwechseln, kann ich es auch nicht ändern. Aber wenn Sie zurückdenken, vor 30, 40, 50 Jahren haben wir so eine Diskussion hier gar nicht geführt und jetzt plötzlich kommen so Diskussionen. Ich weiss jetzt nicht, wie viel der Betrag ist, weil ich habe ja als Grossrat nichts mehr auf Papier, darum kann ich keine Zahlen nennen, aber es sind ja bestimmt hunderttausende von Franken, die da jetzt in Gebäude investiert werden und das sehe ich nicht ein. Also das ist für mich eine Plagerei vom Steuerzahler und so heiss ist es ja auch nicht, meine Damen und Herren, wir haben ja hier keine Klimaanlage und keiner schwitzt hier im Haus. Man kann das Fenster öffnen.

Ich staune schon, was in den letzten 20 Jahren für Sachen hier in den Grossen Rat kommen, die wir vor 50 Jahren hier nicht diskutiert hätten. Vor 50 Jahren hätten Sie sich mit solchen Vorstössen lächerlich gemacht, aber heute, also verkehrte Welt. Ich stimme Nein und ich hoffe, dass ich auch ein paar Leute habe, die sagen, okay, Eric hat noch klaren Verstand und sieht das. Und es gibt ja hitzefrei, dann müssen Sie ja hitzefrei abschaffen. Wenn man jetzt logisch denkt, ich komme jetzt gerade auf Ideen und ins Gespräch, wenn Sie jetzt logisch denken, dann müssten wir ja hitzefrei abschaffen, weil Sie ja wie in Abu Dhabi das Klima runtersetzen. Wenn Sie schon einmal in Abu Dhabi waren, dort gibt es Klimaanlage, aber dort, Sie dürfen nicht Abu Dhabi mit Basel verwechseln, dort sind 50 Grad im Sommer und hier sind es 25 Grad im Sommer und wenn Sie einen warmen Kopf haben, springen Sie in den Rhein und gehen schwimmen.

Aber wie gesagt, ich staune immer mehr, was hier für Gelder ausgegeben werden, was früher einfach nicht der Fall war. Die Schulen sind, Mustafa Atici, gut ausgerüstet und dann bitte ich Sie, Mustafa Atici, hitzefrei abzuschaffen, wenn wir so viel Geld in die Klassen investieren. Und dann müsste man ja fragen, ob dann die Eltern auch in die Schule kommen dürfen, damit sie sich dort abkühlen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.



RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich versuche mich kurz zu halten. Es ist nicht so, dass wir nichts tun, dass wir nichts unternehmen. Das Problem ist uns bekannt und dass es auch dringenden Handlungsbedarf gibt, ist nicht zu bestreiten. Ich habe vorhin erwähnt, im Rahmen der Bearbeitung Anzug Sandra Bothe werden wir ab diesem Sommer Pilotprojekte mit Deckenventilatoren, Aussenraumkühlung und manuelle Nachtauskühlungen vornehmen. Für langfristige Lösungen braucht man tatsächlich Zeit und gute Planung, weil in der Gebäudesubstanz baulich etwas zu ändern, das braucht Zeit, das braucht gute Planung. Das werden wir auch im Rahmen bestehender Vorstösse bearbeiten. Einfach eine Realität möchte ich nochmals erwähnen, es wurde von den Votanten auch betont, in diesen 250 Standorten eine Firma zu finden, die morgens um vier Uhr diesen Auftrag ausführen, wird nicht so einfach sein.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung, NEIN heisst Erfüllung.

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 58 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008720, 22.04.26 17:22:08]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Sandra Bothe werden im Budget 2026 des Erziehungsdepartements zusätzlich Fr. 290'000 eingestellt.

(Position Erziehungsdepartement, 201 Zentrale Dienste und Generalsekretariat, 31 Sach- und Betriebsaufwand)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie wollen mit 32 Ja-Stimmen gegen 58 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung das Budgetpostulat erfüllen. Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert, entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

40. Interpellation Nr. 25 Alex Ebi betreffend ungenügende Förderung des Sports und der Sport-Infrastruktur, Schreiben des RR

[22.04.26 17:22:25, 26.5088.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Alex Ebi (LDP): Zuerst möchte ich mich ganz herzlich bei der Regierung und der Verwaltung bedanken, dass ich nun seit Jahren immer wieder die Gelegenheit erhalte, in diesem hohen Hause über den Sport, die fehlende Infrastruktur und die fehlende ideelle und finanzielle Wertschätzung der Sportlerinnen und Sportler sprechen zu dürfen. Von verschiedenen Seiten, Medien, Ärzte, Politiker, ist schon lange immer wieder zu vernehmen, dass sich Menschen, insbesondere auch junge, oft schlecht ernähren, sich zu wenig bewegen, sich sozial isolieren und dass dies nicht nur für die Betroffenen, sondern für alle zum Nachteil werden könne. Verringerung der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft, Drogenproblematik, Kriminalität, usw., und dass die Behebung eines entstandenen Schadens folgend von Tabak, Alkohol oder Fettleibigkeit letztlich deutlich teurer sei, als in die Prophylaxe zu investieren.



Dass der Sport, ob Nachwuchs-, Breiten- oder Spitzensport, für eine Gesellschaft von enormer Bedeutung ist, steht ausser Frage. Physische und psychische Gesundheit, Sozialkompetenz, Integration, Abbau von Vorurteilen, Umgang mit Siegen, aber auch Niederlagen, Teamgeist, Respekt vor dem Gegner und Mitspieler, Definition von persönlichen Zielen und deren Erreichbarkeit sind nur ein paar Stichworte, die verdeutlichen, wie wichtig der Sport, insbesondere der Mannschaftssport ist. Zudem bildet er ausserordentlich gute Ventile, um mit dem Leistungsdruck in Schule, Beruf und anderen täglichen Herausforderungen besser umgehen zu können.

Viele Sportlerinnen und Sportler, viele Sportvereine finden im Kanton seit Jahrzehnten keine idealen Voraussetzungen für Bewegung, Trainings oder Wettkämpfe vor. Es fehlen Trainingshallen und moderne Spielstätten ohne 70er-Jahre-MIV und Dutzenden Linien am Boden, dafür mit VIP-Bereich und Tribünen für Zuschauer, für Unihockey, Volleyball, Eishockey, Handball und Basketball. Es fehlt eine Schwimmhalle mit 50 Meter-Wettkampfbecken, es fehlen Eisflächen, es fehlen Infrastrukturen, die von Sportvereinen, Verbänden und Sportlerinnen als Meeting-Points genutzt werden können. Natürlich am liebsten alles im Joggeli, wo denn sonst, fragt sich der Sportaffine, dort ist unser Basler Sport zu Hause.

Dieses Votum ist kein neues, ein wenig kosmetisch verändert zwar, aber genau das habe ich schon vor sechs Jahren gehalten. Wie die Zeit vergeht. Heute stehe ich hier und muss feststellen, dass seit Jahrzehnten die Sportinfrastruktur in unserer Stadt keine Priorität genossen hat, offenbar auch an den Schulen nicht. Anders ist beispielsweise nicht zu erklären, erst recht in Basel mit seinen eingeschränkten Platzverhältnissen, dass bei Renovationen von alten kleinen Schulturnhallen Pinselsanierungen bevorzugt werden, statt die Gelegenheit zu nutzen, stattdessen auf der nahezu gleichen Fläche eine neue zeitgemässe Dreifachhalle hinzustellen, zum Beispiel im Campus Bäumlhof. Das ist nicht nur sehr bedauerlich, sondern aus oben erwähnten Gründen völlig unverständlich.

Nun, das ist offenbar nun alles alter Kaffee. Das Rummeiern, Schubladisieren und Aussitzen scheint vorbei. Nach der Antwort des Regierungsrates wird jetzt offensichtlich alles besser. Die Verwaltung zeigt für die vielschichtigen Probleme der Vereine Verständnis und sucht kurzfristige Lösungen und Verbesserungen. Die alten Schulturnhallen sollen mit höchster Priorität modernisiert werden, die Sportinfrastruktur wurde priorisiert und in drei Klassen aufgeteilt. Alles hat hohe, höchste oder allerhöchste Priorität. So weit, so gut, so weit, so euphemistisch.

Der Regierungsrat erklärt, dass leider nicht alles zeitgleich gebaut werden kann, also gestaffelt vorgegangen werden muss. Okay, das kann sein, muss aber nicht. Ebenfalls wird betont, dass die Eishallen, die im Bachgrabengebiet gebaut werden sollen, in der Kategorie 1 eingeteilt werden, also allerhöchste Priorität geniessen. Okay, das kann man so sehen, muss man aber nicht. Aber wenn ich dann vernehme, dass diese Eishallen mit Prio 1 frühestens im 2035 voraussichtlich bezugsbereit sind, stellen sich bei mir schon die Fragen, wann denn Prio 2 und Prio 3 an der Reihe sind. Prio 2 im 2045, Prio 3, die Publikumssporthalle im 2055. Ich vermute, das Herzstück kommt schneller.

Kurzum, sehr geehrter Regierungsrat, vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen. Ich spüre Ihr Verständnis für die Unzufriedenheit der Sportlerinnen und Sportler, die fehlende Infrastruktur und Ihren Verbesserungswillen. Dafür möchte ich mich bedanken. Der zeitliche Ablauf jedoch ist selbstverständlich kein akzeptabler Plan. Deshalb bin ich mit der Beantwortung der Interpellation nur teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Ich habe einen Ordnungsantrag von Annina von Falkenstein betreffend Absage der heutigen Nachtsitzung. Möchten Sie begründen?

Annina von Falkenstein (LDP): Im Namen von FDP, SVP und LDP beantragen wir Ihnen, die Nachtsitzung heute auszulassen, weil wir davon ausgehen, dass wir nicht 2.5 Stunden brauchen, um die Traktanden abzuarbeiten und wir dann Restzeit übrig hätten, die zwar einkalkuliert ist im Sitzungsgeld, aber nicht genutzt wird, und weil wir auch finden, es sind heute relativ viele Leute abwesend, die digital dabei wären, die wahrscheinlich auch froh sind, wenn sie sich der Genesung ihrer Krankheit widmen können und nicht noch so halb dabei digital mitvegetieren müssen. Von dem her beantragen wir Ihnen die Absage und wären froh, wenn Sie sich da anschliessen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich empfehle Ihnen, dass wir die Nachtsitzung machen, da wir doch auch noch Budgetpostulate haben, über die wir heute abstimmen könnten und nicht erst im Mai. Herr Weber hat sich noch gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie können sich ja denken, was ich sage. Respekt vor dem Amt der Präsidentin, eigentlich wäre Herr Schallert dort oben, aber jetzt ist es Gianna Hablützel.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es geht hier um Abstimmen.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie haben gesagt, wir machen eine Nachtsitzung und ich finde, das sollte man respektieren, was unser Chef sagt, Frau Präsidentin. Wir brauchen das Geld und ich bin für eine Nachtsitzung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Nachtsitzung absagen, NEIN heisst durchführen.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 49 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008723, 22.04.26 17:31:49]

Der Grosse Rat beschliesst

die Nachtsitzung durchzuführen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 37 Ja-Stimmen gegen 49 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen dazu entschieden, dass wir die Nachtsitzung heute durchführen.

41. Budgetpostulat 2026 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter), Stellungnahme des RR

[22.04.26 17:32:01, 25.5576.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Das Therapiebad der Universitären Altersmedizin Felix Platter wurde seit Eröffnung der UAFP im Jahr 2019 für die Behandlung von Patientinnen und Patienten genutzt sowie für Nebennutzungen an externe Schwimmschulen und Schwimmvereine vermietet. In den letzten Jahren hat sich jedoch der therapeutische Bedarf deutlich verringert. Moderne Therapieformen haben die Wassertherapie weitgehend ersetzt, vor allem für schwer beeinträchtigte Patientinnen und Patienten. Entsprechend ist ein Therapiebad seit 2025 auch kein zwingendes Kriterium mehr für die Swiss Reha-Zertifizierung. Gleichzeitig sind die Betriebskosten hoch, die Einnahmen aus der Vermietung jedoch gering. Die Spitalleitung hat deshalb entschieden, das Bad per Ende 2025 zu schliessen. Vorgängig wurde mit den Schwimmschulen Verhandlungen über eine vollständige Kostenübernahme geführt, die jedoch erfolglos blieben. Der Regierungsrat ist dagegen, das Spital mit einem Weiterbetrieb wider Willen zu beauftragen.

Das vorliegende Budgetpostulat, das wir deshalb ablehnen, betrifft das Budget für das laufende Jahr. Bei Annahme müssten wir Verhandlungen über einen Weiterbetrieb für das Jahr 2026 mit dem Spital aufnehmen. Allerdings kann die UAFP keine mehrheitlich therapeutische Nutzung mehr sicherstellen. Das Spital würde daher lediglich die Infrastruktur bereitstellen müssen. Ob genügend externe Therapieanbieter das Bad nutzen würden, ist offen. Bei einer Annahme des Budgetpostulats für das aktuelle Jahr würde also keine Planungssicherheit für das Spital bestehen. Es geht dann auch noch um die Folgejahre. Deshalb empfehlen wir Ihnen Ablehnung, dann wird das Bad dauerhaft geschlossen und es wird für die Fläche eine neue Nutzung geprüft werden.



Es ist zuzugeben, dass das Anliegen des Postulats zunächst nachvollziehbar und verständlich klingt. Geeignete und günstige Schwimmmöglichkeiten für Kinder und ältere Menschen sind sympathisch. Die Situation ist jedoch eindeutig, das Bad wird intern kaum genutzt, ist therapeutisch nicht mehr erforderlich und ermöglicht keinen kostendeckenden Betrieb. Entscheidend aus Sicht des Regierungsrats ist, dass eine finanzielle Unterstützung zur Aufrechterhaltung des Betriebs des Bads aus Mitteln des Kantonshaushalts unter dem Titel der Gesundheitsversorgung nicht gerechtfertigt ist, wenn keine ausreichende therapeutische Nutzung mehr durch das Spital erfolgt. Deshalb noch einmal beantrage ich Ihnen, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als erster Fraktionssprecher für die Fraktion BastA eingetragen hat sich Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA unterstützt auch weiterhin das Budgetpostulat für den Erhalt des Therapie- bzw. Schwimmbads am Felix Platter-Spital. Die Antwort der Regierung überzeugt uns nicht, im Gegenteil, die Antwort verstärkt uns in unserer Haltung, dass diese Schwimmfläche im Grossbasel West dringend erhalten werden muss. Der Bedarf an Schwimmmöglichkeiten ist hier auch schon bekannt sehr hoch. Es macht also keinen Sinn, bereits bestehende Wasserfläche zu zerstören. Ich möchte Sie daran erinnern, dass dieses Bad erst vor sieben Jahren mit dem Zweck damals eines Therapiebads für das Felix Platter gebaut wurde, aber auch die Nutzung von Schwimmschulen und für den Altersgesundheitswassersport damit ermöglicht wurde. Es ist also neu und gut erhalten. Nur weil ein Therapiebad keine Auflage mehr für die Zertifizierung als Rehaklinik darstellt und das UAFP aus meiner Sicht auch nicht ganz nachvollziehbaren Gründen überhaupt keinen Therapiebedarf mehr sieht, sollte dies aus Sicht der Regierung aber keine Begründung für einen Rückbau nach sieben Jahren darstellen.

Es verwundert mich, dass die Regierung ein Budgetpostulat benötigt, um mit dem UAFP, so steht es in der Antwort, in Kontakt zu treten, um Verhandlungen für die Fortsetzung des Betriebs aufzunehmen. Aus unserer Sicht hat der Regierungsrat einerseits als Miteigner des Felix Platter und vor allem aber aufgrund der Verantwortung zur Umsetzung der Gesundheitsförderung in der Bevölkerung auch so den Auftrag, sich für den Erhalt des Schwimmbads und für pragmatische Lösungen, damit jenes weiterbetrieben werden kann und das UAFP auch entlastet werden kann, einzusetzen. Nichts spricht dagegen, dass der Regierungsrat sich über das Fortbestehen des Schwimmbads Gedanken machen darf, schliesslich ist das UAFP kein Privatspital, sondern gehört dem Kanton. Wenn das Therapiebad nicht verwendet wird, dafür das Bad aber für andere Zwecke sinnvoll ist, dann müsste dies doch als Begründung ausreichen.

Der Kanton soll mittels Budgetpostulat den Betrieb für das laufende Jahr sicherstellen und gleichzeitig prüfen, ob sich nicht beispielsweise das Sportamt einklinken könnte, um die zukünftige Sicherstellung des Betriebs zu gewährleisten. Weil, wie schon gesagt, die Fortsetzung des Schwimmbads ist auch ohne therapeutische Verwendung des Felix Platter, gerade unter Berücksichtigung der Gesundheitsversorgung wichtig und müsste finanziell unterstützt werden. Und ich denke, es wäre eh sinnvoller, nicht das UAFP würde mit den Schwimmschulen, etc. verhandeln, sondern der Kanton, falls er das nicht getan hat. Die Interessenslage des Felix Platter ist aufgrund des Finanzdrucks halt verständlicherweise ein ganz anderer und steht dort dann im Widerspruch zur Sport- und Gesundheitsförderung für die Allgemeinbevölkerung. Den Rückbau des Bads und damit die Fläche für eine andere Nutzung oder zur weiteren Vermietung zur Verfügung zu stellen, macht aus einer politischen Gesamtbetrachtung keinen Sinn. Es ist auch nicht die Lösung für den finanziellen Druck des Felix Platter, da benötigt es dann schon andere Massnahmen.

Besten Dank, dass Sie dieses Budgetpostulat nochmal überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Während die SP-Fraktion bei der Erstüberweisung noch geschlossen hinter diesem Budgetpostulat stand, sind wir heute offen. Ich glaube, was unbestritten ist, ist, dass kein Bedarf mehr besteht für eine therapeutische Nutzung. Es stellt sich die Frage, ob dieser Bedarf je tatsächlich da gewesen ist oder ob das Bad wirklich nur gebaut wurde, weil es eben für diese Reha-Zertifizierung notwendig war. Ich stelle deshalb auch ein bisschen in Frage, ob das als Argument gegen dieses Budgetpostulat überhaupt noch gewertet werden soll, weil das Budgetpostulat zielt ja nicht auf eine therapeutische Nutzung, sondern eben auf ergänzende Nutzung.

Nun, das Spital hat keinen Nutzen mehr an diesem Bad und entsprechend ist es betrieblich ein Nachteil und das Spital kann auch glaubwürdig vermitteln, dass es diese Flächen für den eigenen Betrieb mit einer anderen Nutzung gut einsetzen könnte. Dieses Argument ist auch für einen Teil der SP-Fraktion ausschlaggebend, heute auf eine Zweitüberweisung dieses Budgetpostulats zu verzichten. So weit so nachvollziehbar. Für einen anderen Teil der SP-Fraktion, und da zähle auch ich



dazu, überwiegen jedoch die Vorteile einer Aufrechterhaltung dieses Bads, und zwar nicht Vorteile für das Spital, sondern eben für uns, für die Bevölkerung, für die Gesellschaft. Das Bad eignet sich nämlich auch für andere Nutzungen, für Freizeitnutzungen, das hat die tatsächliche Nutzung gezeigt, denn bis Ende letztes Jahr wurde das Bad durch mehrere Vereine genutzt, vor allem für Schwimmkurse für Jung und Alt.

Nun, ich glaube persönlich wirklich, dass es unsinnig ist, eine nur sieben Jahre junge, teure Infrastruktur zu vernichten, insbesondere wenn ein Bedarf, diese zu nutzen, noch da ist. Es kommt hinzu, dass der Regierungsrat selber in der Beantwortung eines Anzugs zu den Schulschwimmbädern geschrieben hat, dass er das Bad im Felix Platter-Spital als ergänzende Option für den Schwimmunterricht der Primarschulen prüfen wolle. Ich sehe da also auch einen gewissen Widerspruch.

Es stellt sich nun die Frage, was gewichten wir höher, und das meine ich jetzt wirklich ernst, was gewichten wir höher, die betrieblichen Ansprüche des öffentlichen Spitals, und da denke ich, das ist Teil unserer Aufgabe, das auch mitzubestimmen, oder gewichten wir höher den konkreten Nutzen, den es für die Bevölkerung gibt, wenn wir das Bad erhalten. Entscheiden Sie weise.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich danke meinen Vorrednern für ihre wertvollen Voten im Namen all derer, welchen das Schwimmen, das sich bewegen im Wasser eine Erholung bringt und einen Nutzen bringt. Deshalb bitte ich Sie, dieses Budgetpostulat zu erfüllen.

Es ist schon interessant, wie mit dieser unzweifelhaft wertvollen Infrastruktur umgegangen wird. Das Schwimmbad im UAFF wurde vor wenigen Jahren im Rahmen des Neubaus eingebaut, weil damals ein Therapiebad zwingendes Kriterium für die Swiss Reha-Zertifizierung war, und laut Regierungsrat ist dies seit 2025 nicht mehr zwingend der Fall. Das heisst also, wenn der Regierungsrat etwas als nicht zwingend erachtet, dann kann man es stilllegen, zumachen, das Geld, das aufgewendet worden ist, kübeln, den Deckel darüber, ich finde das eine etwas schwierige Einstellung. Es gibt nämlich in dieser Situation zwei mögliche Strategien, die man verfolgen kann. Die bequeme, einfache, nicht nachhaltige Lösung oder die aufwendigere, aber nachhaltige Lösung. Leider haben sich Regierungsrat und UAFF für die bequeme Lösung entschieden. Die aufwendige, aber richtige und nachhaltige Lösung ist alles, aber wirklich alles zu unternehmen, um die bestehende Infrastruktur weiterverwenden zu können.

Die Lösung liegt auf der Hand und sie wurde auch schon in der Debatte im Januar auch von mir angesprochen, wir verwenden das Bad als ein Quartierbad, auch und gerade für die Jüngsten und Jüngeren und für die Älteren und Ältesten. Es wird wohl niemand bezweifeln, dass gerade für ältere, kranke und beeinträchtigte Menschen die Bewegung im Wasser ein wertvoller Beitrag zu einer besseren Lebensqualität ist. Diesen Menschen die Möglichkeit zu nehmen, sich etwas Erholung, vielleicht sogar Heilung zu verschaffen, ist einer modernen Gesellschaft und einer Stadt wie Basel unwürdig. Der Regierungsrat bezieht sich in seiner Stellungnahme einzig auf Schwimmschulen und Schwimmvereine. Wie schon ausgeführt, greift dies aber zu kurz. Es gibt noch zahlreiche andere Organisationen, welche das Quartierbad benutzen könnten, Aquafit, Aquapower, Aquagym, etc. Alles Angebote, an deren Nutzen wohl niemand ernsthaft zweifeln kann. Schwimmen lernen und üben, sich erholen, Schmerzen lindern, wer will so etwas der Bevölkerung verweigern, vor allem wenn die Infrastruktur bereits vorhanden ist, wenn sie funktioniert, wenn der Betrieb funktioniert, wenn man weiss, wie man damit umgehen muss. Ein Quartierbad zu betreiben, ist nicht unmöglich, es ist einfach eine Frage des guten Willens.

Für den Betrieb dieses Bads sind, wie wir bereits erfahren haben in der früheren Debatte, Leistungen nötig, die das Spital brachte, die jetzt finanziert werden müssen. Hausschliesstechnik, Garderoben zum Beispiel. Das Budgetpostulat beinhaltet eben gerade diese Leistungen, welche notabene vom UAFF selbst so aufgelistet worden sind. Wir bitten Sie, dem Antrag zuzustimmen, die Versorgung von kranken Menschen, Sicherheit von Kindern, Therapie von Patienten nachhaltig zu unterstützen. Die Finanzierung erlaubt es dem UAFF und den zahlreichen interessierten Gruppen, ein nachhaltiges Betriebskonzept zu erarbeiten.

Wie ich immer betone, besteht ein Bedarf und ein Interesse am Bad, gerade in einem Quartier, welches mit solchen Schwimmmöglichkeiten nicht gesegnet ist. In nicht allzu grosser Entfernung ist das Bachgrabenbad, aber dieses Bad hat eine ganz andere Klientel. Sie bedient einen ganz anderen Kundenkreis, nämlich es ist für das Freizeitschwimmen gedacht, gerade für mehrheitlich jüngere oder auch etwas ältere, es ist aber sicher nicht gedacht als ein Schwimmbad für Leute, welche sich heilen wollen oder welche ihren Kleinkindern das Schwimmen beibringen möchten. Es ist schwierig, gerade für behinderte Menschen dann zu verlangen, dass sie sich durch die halbe Stadt bewegen, um eine solche Erholungsmöglichkeit zu finden. Es gibt am Weiherweg noch ein solches Schwimmbad, das ist aber doch schon eine ganze Strecke weg. In einer Gegend, in welcher bereits ein Mangel besteht, eine existierende Möglichkeit abzubauen, erachten wir als wenig sinnvoll.



Der beantragte Betrag geht über das Angebot von Therapiemöglichkeiten hinaus in Richtung einer gesamtheitlichen Gesundheitsförderung. Er ist auch eine Massnahme zur Prävention von Unfällen, ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität von älteren Mitmenschen, ein Angebot zur Aufrechterhaltung der Gesundheit, alles in allem ein Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Ja, meine Damen und Herren, also wer mich kennt, weiss, dass ich mich eher nicht im linken Teil des politischen Spektrums verorte, aber für einmal muss ich doch sagen, ich bitte Sie jetzt, in dieser Angelegenheit des Quartierbads, einer wichtigen Gesundheitsinstallation, dem schnöden Mammon zu frönen, das finde ich falsch. Geben wir doch dem Quartierbad die Chance, die es verdient hat. Ich bitte Sie, dieses Budgetpostulat zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte kurz auf die Diskussion hier im Saal noch eingehen und muss Ihnen sagen, das Felix Platter-Spital ist unsere universitäre Altersmedizin. Es ist nicht eine Badeanstalt. Wenn Sie im Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons nachlesen und mir den Badeparagrafen zeigen mögen, dann bin ich bereit, das in Wiedererwägung zu ziehen, aber es geht nicht darum, das Spital mit diesem Badeauftrag nun zu lancieren. Das Bad ist für therapeutische Zwecke von Spitalpatientinnen und -patienten gebaut worden, die nun nicht mehr diesen Bedarf haben. Man mag das als Fehler bezeichnen jetzt und bedauern, dass gewisse Infrastrukturinvestitionen sich als obsolet erweisen, einverstanden, aber das ist nicht wegleitend jetzt für den Umgang mit dieser Infrastruktur, die jetzt einmal da ist in Zukunft.

Wir haben geprüft, das möchte ich sagen, mit den zuständigen Stellen im Kanton, was die Eignung ist für Schwimmunterricht von Schulen oder für Sportnutzungen und das Resultat ist ernüchternd. Das Bad ist klein, das müssen Sie wissen, die Garderobenausstattungen sind minimalst, das bitte ich Sie auch zu bedenken, und die Zugangssituation ist nicht so, dass das für das Spital und den Betrieb unproblematisch wäre. Es ist gesagt worden, man habe hier Nutzungsabwägungen vorzunehmen, das ist richtig. Sie haben zu entscheiden zwischen den Nutzerinteressen von Patientinnen und Patienten, die ein klinisches Interesse haben an diesem Ort, und denjenigen, die es vielleicht amüsant finden, dort etwas schwimmen zu gehen. Das ist ja letztlich, wenn man ehrlich ist, ein bisschen was hinter dem Anliegen Quartierbad steht. Wir belasten das Spital mit der Organisation des Zugangs für alle möglichen Freiwilligen, wenn wir sagen, es müsse nun ein Bad im Sinne eines Quartierbads vorhalten. Dafür ist die Zugangssituation ungünstig und ich muss Ihnen sagen, ich möchte dem Spital diese Hypothek nicht mitgeben.

Deshalb bin ich dankbar, wenn Sie das Budgetpostulat ablehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung, NEIN heisst Erfüllung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 46 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008725, 22.04.26 17:52:17]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Beat K. Schaller werden im Budget 2026 des Gesundheitsdepartements zusätzlich Fr. 282'000 eingestellt.

(Position Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter)).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 43 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen das Budgetpostulat erfüllt. Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert, entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

42. Motion Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend die Delegation impfbezogener Verrichtungen an Pharmaassistentinnen und -assistenten, Stellungnahme des RR

[22.04.26 17:52:32, 25.5320.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Bereits vor Einreichung dieser Motion wurde im Austausch mit dem Apothekerverband darauf hingearbeitet, dass die Impfkompetenzen an Fachfrauen und Fachmänner Apotheke delegiert werden sollen, um Apothekerinnen und Apotheker gezielt zu entlasten. Zur Erfüllung dieses Anliegens hat der Regierungsrat einen pragmatischen und flexiblen Lösungsweg gewählt. Anstelle einer Anpassung der Heilmittelverordnung erliess die Kantonsapothekerin am 15. Dezember 2025 eine ergänzende Weisung. Diese sieht nun vor, dass Fachfrauen und Fachmänner Apotheke nach Abschluss eines anerkannten Impfkurses befugt sind, Impfungen unter Aufsicht einer Apothekerin oder eines Apothekers durchzuführen. Seit Januar 2026 ist ergänzend dazu ein Impfkurs für Lernende im dritten Ausbildungsjahr an der Berufsfachschule Basel vorgesehen. Diplomierte Fachfrauen und Fachmänner Apotheke können bei Bedarf einen gleichwertigen anerkannten Kurs besuchen und sich so die Kompetenz aneignen. Mit diesen Massnahmen ist gewährleistet, dass Fachpersonen Apotheke die erforderlichen Impfkompetenzen erwerben und diese gezielt in ihrem beruflichen Umfeld einsetzen können. Wir sind der Auffassung, dass wir damit eine zweckmässige Lösung gefunden haben, die jetzt Eintreten und weitere Bearbeitung dieser Motion überflüssig macht, und bitten Sie deshalb, diese Motion uns nicht mehr zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion abzulehnen.

43. Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR

[22.04.26 17:54:41, 21.5630.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben grosses Verständnis für das Anliegen, das formuliert ist im Anzug, und wir sind uns der Problematik der übermässigen Vermehrung von Katzen bewusst. Der Regierungsrat hat sich deshalb nochmals vertieft mit dem Anliegen des Anzugs auseinandergesetzt und insbesondere die rechtliche Situation noch einmal eingehend geprüft. Dabei zeigt sich, die Kompetenz zur Regelung des Tierschutzes liegt abschliessend beim Bund, so dass die Kantone auf diesem Gebiet grundsätzlich keine materiellen Regelungen erlassen dürfen. Folglich dürfte sich eine Chip-Registrierungs- oder Kastrationspflicht im kantonalen Tierschutzrecht als unzulässig erweisen. Wir haben das weiter schriftlich ausgeführt, angesichts der Zeit möchte ich an dieser Stelle hier enden und Sie bitten, den Anzug abzuschreiben.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecherin eingetragen hat sich Claudia Baumgartner für die GLP.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich mache es kurz, ich möchte mich nur noch kurz melden, weil auch wir beantragen, dass wir dieses Geschäft jetzt abschreiben, aber nicht etwa, weil wir da der gleichen juristischen Ansicht sind, wie das der Regierungsrat sieht, sondern eigentlich im Gegenteil. Sie haben das vielleicht gesehen in der Antwort des Regierungsrats, da wird verwiesen auf ein Rechtsgutachten aus dem Kanton Aargau, das sich auf Registrierungspflicht bezieht. Aus unserer Sicht, die das gleich sehen, denken wir doch sehr wohl, endlich hat jetzt einmal ein Gutachten gezeigt, dass eigentlich im Bereich Tierschutz nicht nur der Bund zuständig ist, sondern die Kantone natürlich auch im Vollzug, aber auch gesetzgeberisch selbstständig tätig werden können, wenn sie das Bundesrecht in dem Sinn nicht widersprechen, sondern wenn sie es eben sogar auch noch unterstützen. Und wir haben nun mal in der nationalen Tierschutzverordnung die Regelung, dass alle Tierhaltenden einfach schauen müssen, dass ihre Tiere sich nicht übermässig vermehren. Es ist klar, bei einer Katze ist das relativ schwierig. Welches andere gehaltene Tier kann einfach machen, was es will?

Und von daher denke ich eigentlich schon, dass wenn man natürlich mit einer Kastrationspflicht kommen würde, würde natürlich dieses Anliegen aus der nationalen Tierschutzverordnung sehr wohl unterstützt werden, weil es einfach anerkannt ist, dass eine Kastration natürlich dieses Problem massgeblich lösen könnte. In anderen Ländern ist das zum Teil schon flächendeckend geregelt, zum Beispiel in Österreich oder auch in Deutschland bundesländerweit oder auf Kommunen. Ich denke, ich bin froh, dass der Regierungsrat hier auch anerkannt hat, dass es wirklich ein Problem ist im Tierwohl und von daher sehe ich das toll, dass Sie das so sehen, aber schade, dass Sie hier nicht den Mut haben und sich eigentlich auf dieses Gutachten jetzt stützen und daraus etwas machen. Und ja, schade um alle Tiere, die jetzt seit fünf Jahren mit diesem Anzug herumgehen und in unseren Industriebrachen und Familiengärten wirklich am Leiden sind, aber ich würde sagen, lassen wir es gut sein jetzt mit dieser juristischen Beurteilung, wo wir uns uneins sind und ich denke, Katzen haben viele Leben, also von daher, there is no use crying over spilt milk. Wir können nochmals Anläufe nehmen und Sie können sicher sein, dass ich an dieser Sache im Interesse aller Streunerkatzen natürlich dranbleibe.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

44. Interpellation Nr. 19 Tobias Christ betreffend Digitalisierung im Gesundheitswesen – Auswirkungen der Auswahl des neuen Klinikinformationssystems (KIS) des Universitätsspital Basel (USB) Auswirkungen auf die Gesundheitsregion Basel, Schreiben des RR

[22.04.26 17:58:51, 26.5076.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Tobias Christ (GLP): Ich bin mit der Antwort zufrieden. Interessant ist, was in der Antwort steht, ist sehr zufriedenstellend. Ich bin froh, dass das anständig geprüft wird und auch, dass der Regierungsrat gemäss seiner Aussage sich der politischen Tragweite der Thematik bewusst ist, nämlich mit was für ein Klinikinformationssystem das Unispital in Zukunft arbeiten wird. Interessant ist aber auch, was nicht in der Interpellationsantwort steht. Offenbar ist der Regierung nicht bewusst, dass intern im USB schon informiert wurde von Seiten der Direktion, dass die eigentlich eine klare Präferenz haben, was ein Stückchen weit in einem Widerspruch steht zu dem, was in der Interpellationsantwort ausgeführt wird, quasi als offizielle Antwort. Das ändert aber nichts daran, dass ich mit der Antwort zufrieden bin. Es ist einfach ein Punkt, auf den ich noch hinweisen wollte.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt. Ich schliesse an dieser Stelle die Sitzung. Wir sehen uns wieder um 20 Uhr.



Schluss der 11. Sitzung

18:00 Uhr